Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 44 — 1. Blatt — Freitag, 21. Februar — 1919

Ein Revolveranschlag auf den französischen Ministerpräsidenten.

Der französische Ministerpräsident Clemenceau ist von der Kugel eines Angreifers getroffen worden, der ihm, nach der Zahl der Schüsse zu schließen, nicht nur einen Denkzettel anhängen, sondern den Garaus machen wollte. Die Verwundung scheint nach den bisherigen Meldungen an sich nicht schwer zu sein, doch ist zu berücksichtigen, daß der Verletzte im 78. Lebensjahre steht. Er, den die öffentliche Meinung seines Landes wegen seiner unversöhnlichen Rachsucht mit dem Namen „Der alte Tiger" belegt hat, wird Deutschland hassen bis zum letzten Atemzug, und sein politisches Vermächtnis wird, ob ihn nun früher oder später das Schicksal ereilt, der Mahnruf sein, Deutschland zu vernichten. Seine Sinnesart wird dadurch, daß ihn einer seiner Landsleute gewaltsam zu beseitigen suchte, nicht gemildert worden sein. Wer den Angreifer zu seiner Tat veranlaßt hat, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Gleichviel; man kann mit ziemlicher Sicherheit erwarten, daß die französische Presse bemüht sein wird, die Sache so darzustellen, als sei er das Werkzeug irgend eines von deutscher Seite ausgeheckten Planes gewesen. Der größte Unsinn wird ja erfahrungsgemäß von der breiten Masse in Frankreich bereitwillig geglaubt, wenn es nur auf eine Anklage gegen Deutschland hinausläuft. Man wird ja sehen! Sollte diesmal der Tatbestand so klar liegen, daß es selbst der hochentwickelten Verleumdungskunst der französischen Presse nicht gelingt, daraus gegen Deutschland eine Waffe zu schmieden — um so besser.

Ueber die Tat und die Begleitumstände lagen bis heute vormittag folgende Nachrichten vor:

Paris, 19. Februar. (Reuter). Wie gemeldet wird, wurden heute morgen auf Clemenceau, als er sein Auto bestieg, 5 Schüsse abgegeben. Clemenceau wurde am Kopf verwundet.

Amsterdam, 19. Februar. (Dr.) Nach einer Meldung aus Paris gab der Mann, der das Attentat auf Clemenceau verübte, auf die Schutzleute, die ihn festnahmen, zwei Schüsse ab, wobei er einen Schutzmann verwundete. Clemenceau erhielt nur Fleischwunden.

Paris, 19 Februar. (Dr.) Havas. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß Clemenceau am rechten Schulterblatt getroffen worden sei. Innere Organe sind nicht verletzt.

Berlin, 19 Februar. (Dr) Ueber den Anschlag auf Clemenceau veröffentlicht Havas folgende Einzelheiten:

Der Anschlag wurde in dem Augenblick verübt, als der Wagen des Ministerpräsidenten den aus der Franklinstraße und dem Boulevard de Lessert gebildeten Winkel passierte. Ein in einer Bedürfnisanstalt versteckter Mann stürzte sich gegen den Autoschlag und gab fünf Revolverschüsse auf den Ministerpräsidenten ab, von denen einer Clemenceau traf. Die Menge warf sich auf den Angreifer, und es gelang Polizisten, ihn festzunehmen. Später gab der Mann noch mehrere Schüsse ab und verwundete einen Soldaten. Auch der Autoführer wurde leicht verletzt. Der Angreifer gab an, er heiße Tottin und wohne in Compiegne Der Polizeikommissar des Bezirks nahm ein Verhör vor. Clemenceau ist von der Kugel im Unterteil des rechten Schulterblattes getroffen worden. Die Wunde ist ziemlich tief. Es wurden keine inneren Organe verletzt. Das Allgemeinbefinden Clemenceaus ist gut.

* * *

Berlin, 19. Februar. Zum Attentat auf Clemenceau führt der „Vorwärts" aus: Die Politik, die Clemenceau betrieb, sei die schlimmste Gefahr für die friedliche Zukunft Europas und als solche von den französischen Sozialisten erkannt. Das gegen den greisen Staatsmann verübte Attentat, gleichviel von welcher Seite es begangen wurde, sei aber kein Mittel, den Wunsch der Erfüllung näher zu bringen, die von Clemenceau vertretene Politik bis auf die Wurzel auszurotten. Man müsse vielmehr befürchten, daß dadurch die nationalistische Stimmung in Frankreich noch weiter erhitzt werde.

Neueste Nachrichten.

Die Polen setzen ihre Kampfhandlungen fort.

Schneidemühl, 20. Februar. (Dr.) Amtlich. Der Pole hat bis jetzt noch nicht die Feindseligkeiten eingestellt. Am 17. 2. um 7.30 Uhr abends erhielten unsere Posten bei Schleuse 10 südlich Nakel Maschinengewehr- und Gewehrfeuer. Polnische Artillerie beschoß die Zuckerfabrik Nakel. Am 18. 2. vorm. war eine Verbindungspatrouille innerhalb unserer Sicherungslinie das Ziel feindlichen Maschinengewehrfeuers aus Potulitz südöstlich Nakel. Am 18. 2. wurde einer unserer Posten südlich Nakel von den Polen hinterrücks angegriffen, wobei ein Mann schwer verwundet wurde. Am 18. 2. um 11 Uhr abends griffen die Polen den deutschen Posten am Schloßpark von Pidtronki südöstlich Kolmar an. Am 19. 2. vormittags 5.20 Uhr ging eine feindliche Patrouille gegen eine Feldwache an der Straße Filehne-Wreschen angriffsweise vor. Auf unser Feuer zogen sie sich zurück. Am gleichen Tage 12 30 Uhr nachmittags wurden unsere Posten bei Josephinen beschossen. In dem sich entspinnenden Gefecht bei Josephinen—Potulitz erlitten die Polen Verluste. Am 19. 2. nachmittags 4 Uhr lag die Gegend von Deutsch-Kruschin östlich Netzwalde unter feindlichem Schrapnellfeuer. Aus Netzwalde wurde mit Maschinengewehren geschossen. Am 19. 2. nachmittags besetzten die Polen Kegelsau sowie die Gehöfte zwischen Kegelsau und Usch—Neudorf (südlich Usch.) und griffen einige Ausbauten von Usch Neudorf an. Am 19. 2. zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags wurden durch polnische Artillerie der Bahnhof Nakel, zwischen 9 und 10 Uhr abends eine von uns bereits verlassene Batteriestellung bei Nakel beschossen. Am 19 2. abends 9 Uhr griffen die Polen unsere Feldwache südlich der Chobieliner-Mühle südöstlich Nakel umfassend an. Sie wurden nach kurzem Feuergefecht abgewiesen. In der Nacht vom 19. zum 20. 2. wurden auf der Straße Lipin—Margonin—Schmiedenau—Margoninsdorf und Prochnow—Margonin vorfühlende feindliche Patrouillen abgewiesen.

4. Infanterie-Division.

Die Spartakusbewegung in Westfalen.

Münster, 19. Februar. (Dr.) Botrop wird durch Spartakisten mit Artillerie beschossen. Hilfe wird von Münster aus entsandt.

Vom Präliminarfrieden.

Berlin, 19. Februar. (Dr.) Wie nach der Deutsch. Allgem. Ztg. aus Paris verlautet, wird der endgültige Text des Präliminarfriedens Mitte März vom Verband mitgeteilt werden. Für die Beantwortung würde der deutschen Regierung eine Frist von etwa einer Woche gelassen werden.

Keine städtischen Wahlen im besetzten Gebiet.

Berlin, 19. Februar. (Dr.) Der Oberstkommandierende der feindlichen Besatzungstruppen in der Rheinprovinz verbot die Vornahme der städtischen Wahlen.

Die neue Steuervorlage.

Berlin, 19. Februar. (Dr.) Die neue Steuervorlage, vor allem die Kriegssteuer-, Besitzsteuer- und Zuwachssteuergesetze werden in ungefähr 14 Tagen dem Staatenausschuß zur Beratung zugehen.

11 Erzbischöfe von Bolschewisten erschossen.

Amsterdam, 19. Februar. (Dr) Die Times meldet aus Helsingfors: Nach einem amtlichen bolschewistischen Bericht sind im Januar 11 Erzbischöfe der orthodoxen Kirche, darunter der Erzbischof Wladimir von Kiew, erschossen worden.

Zur polnischen Frage

teilt der Vorwärts mit, daß die außerordentlich ernste Lage im Netzedistrikt und die Befürchtung, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen von den Polen nicht eingehalten werden würden, die Stadt Schneidemühl veranlaßt, sich durch Entsendung einer Deputation nach Weimar an die Nationalversammlung zu wenden. Von den Ministern wurde die Notlage der in Frage kommenden Gebiete anerkannt und tatkräftige Hilfe in Aussicht gestellt.

Erneuter Bruch des Waffenstillstandes durch die Polen.

Nun sind wir glücklich soweit, wie es Kenner der Verhältnisse vorausgesagt hatten, als die Nachricht von den von Erzberger unterzeichneten Bedingungen über die Demarkationslinie eintraf: wir haben einen einseitigen Waffenstillstand, unter dem die Polen ihre Angriffe umso fröhlicher fortsetzen, als unser Bemühen, die Bedingungen einzuhalten, die deutsche Verteidigung behindert und lahmlegt. Die Polen vertrauen offenbar darauf, für jeden Rechts- und Vertragsbruch die Unterstützung unserer Feinde zu finden.

Berlin, 19. Februar. (Dr.) Nach telegraphischer Meldung der militärischen Kommandostelle hat eine polnische Abteilung von etwa Kompagniestärke am 18. trotz des Waffenstillstandes eine auf schlesischem Gebiet stehende Postierung angegriffen. Die Polen wurden zurückgeworfen. Auch an der ganzen Netzefront wurde der Waffenstillstand durch die Polen gestern und auch heute noch gebrochen. Die ganze Gegend der Nakeler Zuckerfabrik wurde mit Artilleriefeuer durch die Polen belegt. Unsere Posten am Südausgang von Nakel und westlich von Netzwalde erhielten Maschinengewehrfeuer.

Vereitelter Matrosenputsch in München.

Prinz Joachim von Preußen verhaftet?

München, 19. Febr. (Dr.) Vor dem Landtagsgebäude wo z. Zt. der Reichsrätekongreß tagt, erschien heute nachmittag eine Matrosenabteilung von 60 Mann, zu denen sich noch Pioniere gesellten. Einige Matrosen drangen in den Eingang des Landtagsgebäudes ein und warfen Handgranaten. Die im Gebäude befindlichen Wachen feuerten. Zwei Personen wurden verletzt. Im Rätekongreß wurde mitgeteilt, daß der Bahnhof, das Telegraphenamt, das Polizeipräsidium und die Stadtkommandantur von aus Wilhelmshaven gekommenen Matrosen besetzt worden seien. Der Stadtkommandant, der Polizeipräsident und der Sekretär des Ministerpräsidenten seien verhaftet. Das Gebäude wurde bald wieder befreit, die Verhafteten wurden in Freiheit gesetzt. Der Sekretär des Ministerpräsidenten machte im Kongreß die Mitteilung, daß Prinz Joachim von Preußen, der sich hier unter dem Namen eines Grafen Merz aufhielt, verhaftet worden sei, weil er im Verdacht stehe, mit den Umtrieben im Zusammenhang zu stehen. Der Führer der Matrosen wurde gleichfalls verhaftet. Die an dem Putsch beteiligten Matrosen lieferten ihre Waffen freiwillig ab. Die Regierung hat die notwendigen Maßnahmen getroffen, um den Landtag zu schützen.

Ausschreitungen von Arbeitslosen in Braunschweig.

Braunschweig, 19. Februar. (Dr.) Zu den heutigen Vorgängen ist noch zu melden: Als den vor dem Landtagsgebäude versammelten Arbeitslosen, die eine Deputation zu den Abgeordneten entsandt hatten, die Aeußerung wurde, daß es heute wie früher auch Arbeitsscheue gebe, drangen sie in den Sitzungssaal ein. Die Demonstranten gaben sich damit schließlich zufrieden, daß zunächst in einer Versammlung bekannt gegeben werden soll, was der Landtag zur Linderung der Not der Arbeitslosen beschlossen habe.

Blutige Zusammenstöße in Hanau.

Hanau, 19. Februar. (Dr.) Im Schlosse des Landgrafen von Hessen „Philippruh" bei Hanau plünderten junge Leute und Frauen die Innenräume und nahmen Wäschestücke und ähnliches mit. Heranrückende Ulanen nahmen den Leuten die Beute zum Teil wieder ab. Am Nachmittag kam es auf dem Parteiplatz zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Truppen und Demonstranten, Männern und Frauen, wobei auch Maschinengewehre in Tätigkeit traten. 8 Personen wurden getötet, mehrere verwundet. Auch die Truppen hatten 2 Tote und einige Verwundete.

Das Unwesen der Unabhängigen in Gotha.

Der Berliner „Lokal Anzeiger" meldet aus Gotha: Am 18. 2. früh besetzte eine Abteilung des Weimarer Landjägerkorps die Post, den Bahnhof und das Residenzschloß, den Sitz der aus Unabhängigen bestehenden Regierung. Bei der vorübergehenden Besetzung der Gothaer Waggonfabrik wurde ein Arbeiter erschossen und einer verwundet. Mehrere Soldatan der bisherigen Garnison wurden entwaffnet. Der Grund der Maßnahme ist anscheinend die Weigerung des hiesigen Regiments in seine Versetzung nach Coburg zu willigen. In den Fabriken und Elektrizitätswerken wird gestreikt. Der Straßenbahnverkehr ruht.

Zum Kommunistenstreik im Ruhrrevier

wird dem „Berliner Lokalanzeiger" mitgeteilt: Die Mehrheitssozialisten und sämtliche Gewerkschaften wenden sich mit aller Schärfe gegen den ihnen aufgedrängten Generalstreik und fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Der „Vorwärts" schreibt: Die neu aufflammende Bewegung ist unzweifelhaft politischer Natur. Im Hintergrunde arbeiten Spartakisten und Unabhängige. Die Haupttreiber scheinen es geradezu auf die Besetzung des ganzen Industriegebiets abgesehen zu haben. Die große Gefahr, die für das Wirtschaftsleben durch diesen erzwungenen Streik erwachse, habe die Regierung veranlaßt, Truppen zusammenzuziehen, um den Fortgang der Betriebe im Kohlenrevier zu schützen.

Die Lage der Arbeiter in Petersburg.

London, 18. Februar. Reuter gibt über die Lage in Rußland noch Einzelheiten bekannt. Die Lage der Arbeiter ist unter der bolschewistischen Regierung verzweifelt, und die Ernährungsfrage in Petersburg gestaltet sich immer schwieriger. Hunderte sterben wöchentlich, und die gegenwärtige Bevölkerung zählt wenig über 500 000 Köpfe. Es ist bei den Arbeitern kein revolutionäres Gefühl mehr vorhanden.

Die Einberufung der preußischen Landesversammlung.

In der Deutschen demokratischen Partei hat es starkes Befremden erregt, daß die preußische Landesversammlung nicht alsbald nach ihrer

Wahl zusammberufen worden ist, und daß auch nach der Wahl des neuen Preußenparlaments von der Regierung Notgesetze erlassen worden sind. Wie nun gemeldet wird, beabsichtigt die Regierung, die Landesversammlung auf den 4. März einzuberufen, und mit Rücksicht darauf scheint es vielleicht nicht nötig zu sein, noch eine besondere Forderung auf beschleunigte Einberufung der Volksvertretung zu erheben. Die Deutsche demokratische Partei verlangt aber als eine unbedingte staatliche Notwendigkeit, daß eine Hinausschiebung des Termins über den 4. März unter allen Umständen unterbleibt, daß die gegenwärtige preußische Regierung, ebenso wie es die Volksbeauftragten im Reiche getan haben, der souveränen preußischen Landesversammlung ihre Aemter sofort zur Verfügung stellt, daß jede Art von Nebenregierung unverzüglich beseitigt wird, und daß nicht nur die sämtlichen seit dem 9. November vorigen Jahres erlassenen Notgesetze und Notverordnungen der Landesversammlung zur nachträglichen Genehmigung unterbreitet, sondern auch die auf Grund der Exekutivgewalt ergangenen Verfügungen dem Hause vorgelegt werden.

Die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

(Funkentelegraphischer W. T. B.-Bericht der Reichsfunkbetrieb-Verwaltung in Berlin über die Nationalversammlung in Weimar übermittelt durch die Funkenstation in Thorn.)

Weimar, den 19. Februar. Nach debattenloser Annahme des Gesetzentwurfs wegen Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen wurde die politische Debatte fortgesetzt. Arbeitsminister Bauer spricht über Grundsätze, nach denen die Vergebung der zur Behebung der Wohnungsnot angeforderten Mittel erfolgen soll. Besondere Förderung soll den Siedlungsgenossenschaften zuteil werden. Beihilfe wird nur gegeben, wenn die Gemeinde oder der Gemeindeverband aus eigenen Mitteln einen Teil der Baukosten trägt. Für Preußen beträgt dieser Satz ein Viertel. Der Staat übernimmt ebenfalls ein Viertel, das Reich die andere Hälfte. Die Regierung wird alles tun, um die Wiederbelebung der Bautätigkeit zu fördern.

Preußischer Kriegsminister Reinhart: Von Rußland her mit Menschen, Geld und Werbemitteln unterstützt, entfachten die Spartakisten gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit des arbeitenden Volkes nach der Novemberumwälzung einen neuen Bürgerkrieg. Freiwillige Truppen mußten notgedrungen wieder in den Kampf. Der Kampf ist unerquicklich, nicht leicht zu führen und wird häßlich verstärkt durch die tückische bolschewistische Kampfesweisen. Auf diesem Untergrunde vollzog sich die Tötung der Luxemburg und Liebknechts. Als Soldat kann ich nur bedauern, daß die Begleitkommandos nicht vermochten, die Häftlinge unversehrt den Richtern abzuliefern. General Lüttwitz, dem die Gardekavallerie-Schützendivision untersteht, teilt diese Auffassung, und darin erblicke ich die Gewähr dafür, daß alles Nötige zur Feststellung des Falles und zur Bestrafung der Schuldigen geschehe. (Entrüstungssturm bei den unabhängigen Sozialisten, die rufen: „Unverschämtheit! Mörder“! Präsident Fehrenbach droht den Zwischenrufern mit dem Ordnungsruf) Reinhart fortfahrend: das Verfahren geht fort. Ich muß daher entschieden ablehnen mich über das Ergebnis des Verfahrens auszusprechen.

Zum Anschluß Deutschösterreichs.

Der Nationalversammlung dürfte in den nächsten Tagen der Antrag zugehen, daß sich die Reichsregierung sofort an die Regierung Deutschösterreichs wegen Herbeiführung des Anschlusses in Verbindung setzen soll.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion.

Berlin, 19. Februar. (Dr.) Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion der preußischen Landesversammlung ist auf den 2. März nach Berlin einberufen worden. In Weimar fanden bereits vertrauliche Besprechungen über die Frage der Bildung des Ministeriums statt.

---

3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

am Mittwoch, dem 19. Februar 1919.

Am Magistratstische: Oberbürgermeister Dr. Hasse, Bürgermeister Stachowitz, Forstrat Loewe, Stadtbaurat Kleefeldt, die Stadträte Mallon, Aich, Walter, Roman, Hentschel, Urbanski, Scheidling, Dr. Meyer, Weese und juristischer Hilfsarbeiter Assessor Dr. Neumann.

29 Stadtverordnete sind erschienen.

Zu Beginn der Sitzung teilt Stadtv.-Vorsteher Wartmann mit, daß vom Stadtv. Meinas folgende dringliche Anfrage eingegangen sei: Ist der Magistrat bereit, Auskunft darüber zu geben, welche Mitglieder des A.- und S.-Rats Bezüge aus städtischen Mitteln erhalten; in welcher Höhe und aufgrund welcher Verfügung werden sie gezahlt? Durch diese Anfrage, deren Dringlichkeit von der Versammlung anerkannt wird, ist die Tagesordnung noch umfangreicher geworden. Stadtv.-Vorsteher Wartmann bittet daher, durch unbedingte Beschränkung in der Aussprache die Erledigung der Tagesordnung ermöglichen zu wollen. Von ihm sei alles getan, um einer Dauersitzung vorzubeugen. Trotz diesem Appell mußte ein großer Teil der zur Tagesordnung erhobenen Punkte in vorgerückter Stunde vertagt werden.

Stadtv. Paul erbat vom Magistrat eine Abänderung der Form der einzelnen Vorlagen, die infolge des bürokratischen Stils von der Bevölkerung nicht dem Inhalt nach in vollem Umfange verstanden würden. Anstelle der Bezeichnung Titl. 5 des Haushaltsplans usw. solle die nähere Bezeichnung des Gegenstandes treten, für den die zu bewilligenden Gelder bestimmt sind. Auch sei es empfehlenswert, nur die Punkte in geheimer Sitzung zu beraten, bei deren Besprechung sich die unbedingte Notwendigkeit hierzu ergebe. Daß z. B. in der heutigen Tagesordnung die Festsetzung des Dienstaufwandes des Forstrats Loewe in geheimer Sitzung entschieden werden solle, entbehre jeder Begründung,

Die Bezüge der Mitglieder des A. und S.-Rats aus städtischen Mitteln.

Obwohl Stadtv. Meinas infolge Krankheit nicht anwesend ist und daher die von ihm eingebrachte Frage nicht näher begründet werden kann, tritt auf allseitigen Wunsch der Stadtverordneten Oberbürgermeister Dr. Hasse in die Besprechung dieser Anfrage ein, zu der er sich u. a. wie folgt äußert:

Die Vorschriften, die über die Entschädigung der Mitglieder der A.- und S.-Räte erlassen sind, wurden am 16 November vorigen Jahres von der preußischen Regierung festgesetzt. Es heißt darin u. a.: Die Kosten, welche durch angemessene Entschädigung seiner Mitglieder dem A.- und S.-Rat entstehen, sind von der Stelle zu tragen, bei der sie ihre Tätigkeit ausüben. Erstreckt sich ihre Wirksamkeit sowohl auf Staats- als auch auf Kommunalverwaltungen, so sind die entstehenden Kosten zu verteilen. Im allgemeinen ist den Arbeiter- und Soldatenräten der ihnen entgangene Arbeitsverdienst einschließlich einer angemessenen Aufwandsentschädigung zu vergüten, doch ist hierbei zu bedenken, daß es sich um öffentliche Mittel handelt und möglichste Sparsamkeit am Platze ist. Am 19. Dezember erschiener zu dieser Verfügung Ausführungsbestimmungen, die nicht nur Ersatz der persönlichen, sondern auch aller sächlichen Kosten forderten. Die Behörden waren angewiesen, den A.- u. S.-Räten geeignete Räume zur Ausübung ihrer Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, die Kosten für Fernsprechanschluß zu übernehmen usw. Die Mitglieder des A.- und S.-Rats Thorn hatten eine ganze Reihe von Forderungen aufgestellt, die im Einzelnen ziemlich weitgingen. Es wurde daher vom Magistrat der Vorschlag gemacht, zwecks Prüfung der Forderungen eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Magistrats, des A.- und S.-Rats und dem Landrat, einzusetzen, die auch am 6. Januar zusammentrat. Man einigte sich dahin, den Herren, die im Verteilungsamt, im Lebensmittel- und Futtermittelamt und im Armenbüro tätig sind, das Gehalt eines städtischen Obersekretärs und die Teuerungszulagen zu zahlen. Ferner wurde bestimmt, daß die Herren, die nicht ständig bei uns beschäftigt werden, wozu die Herren Urbanski, Makowski, Flöter und Hintze gehören, 20 Mark täglich erhalten. (Hört, hört!) Die gleiche Entschädigung erhalten auch sämtliche Herren des Vollzugsausschusses, wozu dann noch die Vergütung des Herrn Raube in Höhe von 30 Mark tritt. (Hört, hört!) Es wurde vereinbart, die Militärverwaltung zu ersuchen, für die auch bei ihnen tätigen Herren einen Anteil zu übernehmen, in den verbleibenden Rest wollten sich der Stadt- und Landkreis teilen. Bei Festsetzung der Tagegelder waren wir davon ausgegangen, daß die Bestimmung über Erstattung des entgangenen Arbeitsverdienstes schwer anwendbar sei. Um nicht in jedem einzelnen Falle Nachprüfungen vorzunehmen, einigten wir uns auf den Grundsatz von 20 Mark, einen Betrag, der mit Rücksicht auf die den Handarbeitern heute gezahlten Löhne gewiß nicht zu hoch, sondern angemessen ist. Am 19. Januar wurde eine neue Verordnung erlassen, wonach den Soldatenräten nicht das Recht zusteht, sich in Angelegenheiten der Zivilbehörden zu mischen. Es wird daher jetzt vom Magistrat der Standpunkt vertreten, daß die Tätigkeit der Soldatenräte für die Stadt nunmehr der Begründung entbehrt und eine Bezahlung dieser Herren aus städtischen Mitteln nicht mehr erforderlich ist. Zu diesem Zwecke ist eine Kommissinn gebildet worden, die im einzelnen nachprüft, in wie weit die Betreffenden in den verschiedenen Stellen tätig sind. Es ist bereits mit dem Gouvernement verhandelt worden, welchen Anteil die Militärverwaltung übernehmen wolle, doch hat das Gouvernement eine Bezahlung der Herren rundweg verweigert mit dem Bemerken, daß für solche Zwecke ein Fonds nicht vorhanden sei. Sobald die Nachprüfungen der Kommission beendet sein werden, wird der Magistrat einen Entwurf über die fernerhin zu zahlenden Entschädigungen der Stadtverordnetenversammlung vorlegen.

Stadtv. Schlee: Ich kann nicht einsehen warum trotz den noch schwebenden Ermittlungen der Magistrat sich entschlossen hat, diese hohen Summen zu zahlen, ohne an die Stadtverordneten mit einer diesbezüglichen Vorlage heranzutreten. Der Magistrat hat damit erneut das Geldbewilligungsrecht der Stadtverordneten mißachtet, indem er über ihre Köpfe hinweg Summen aufwandte, von denen es zum mindesten höchst zweifelhaft war, daß sie aufgrund eines bestehenden Rechtstitels verausgabt worden sind. Eine solche Wirtschaft mit öffentlichen Mitteln darf auf keinen Fall geduldet werden. Die heutige Regierung ist nicht berechtigt, einer Gemeindekörperschaft vorzuschreiben, irgend welche Beträge aus öffentlichen Mitteln zu zahlen. Sie hat dies auch eingesehen und deshalb indirekt ihre erste Verfügung wieder aufgehoben. Obwohl der Magistrat rechtlich zu nichts verpflichtet war, räumte er s. Zt. den Vertretern der Arbeiterschaft das gewünschte Kontrollrecht ein. Nun war es wohl angezeigt, wenn wir den Herren, die nicht besonders wohlhabend sind, für ihre Beschäftigung eine angemessene Entschädigung zahlten — notwendig war es nicht, denn es war eine zu erfüllende Ehrenpflicht. Weder gegen die Bewilligung noch gegen die Höhe des Betrages habe ich etwas einzuwenden, sofern es sich um die Herren handelt, die dauernd in der Verwaltung beschäftigt sind. Warum aber den übrigen Herren, deren Tätigkeit nur vorübergehend ist, die hohe Summe von 20 Mk. gewährt wird, ist mir unbegreiflich. Das Gleiche gilt von der Bezahlung der Mitglieder des Vollzugsrats. Verdienen denn diese Herren wirklich diese Summe? und mit welchem Recht? Ganz zu schweigen von den an Herrn Raube gezahlten 30 Mark täglich, dessen Tätigkeit nach seinen eigenen Ausführungen für die Stadt allerdings unersetzlich gewesen sein muß. Was haben denn diese Herren alles geleistet, und wie kommt es, daß wir nie etwas davon erfahren haben? Wenn der Magistrat in dieser Form weiter wirtschaftet, müssen wir bald 500, ja 700 v. H. Einkommensteuer bezahlen. Ein Rechtsgrund zur Zahlung dieser Summen lag nicht vor, umsomehr war es Pflicht des Magistrats, zwecks Bewilligung der Beträge an die Stadtverordnetenversammlung heranzutreten.

Oberbürgermeister Dr. Hasse tritt dem Standpunkt des Stadtv. Schlee entgegen. Er ist der Ansicht, daß im Falle einer Klage das Recht auf Seiten des Soldatenrates sein würde. Wenn die Regierung eine solche Verfügung erlasse, so tue sie das mit Gesetzes Kraft. Ob sie dazu berechtigt gewesen sei, sei eine andere Sache. Ungesetzlich war auch die ganze Revolution, und doch haben wir die dadurch herbeigeführten Zustände anerkannt.

Stadtv. Aronsohn ist der Ansicht, daß wohl ein Rechtstitel zur Zahlung der Beträge geschaffen sei; nichtsdestoweniger habe der Magistrat die Pflicht gehabt, die Stadtverordnetenversammlung über die festzusetzende Höhe der Beträge zu befragen.

Hierauf wird die Aussprache über diesen Punkt geschlossen. — 2. Zu Armendeputierten werden im 12. Bezirk vorschlagsgemäß die Herren Weyer und Engelhardt, zum Armenvorsteher wird Herr Malermeister Wichmann gewählt. — 3. Antrag des Stadtv. Paul betreffs

Abbau der Vorschulen.

Nach dem Bericht des Stadtv. Krause über den von Stadtv. Paul beantragten Abbau aller Vorschulen vom 1. April ab haben die Vereinigten Ausschüsse beschlossen, dem Abbau zuzustimmen. Man will aller abwarten, welche Gesetze die Regierung nach dieser Richtung hin erlassen wird.

Stadtv. Paul: Die Frage der Einheitsschule hat während der letzen Monate in stärkster Weise das Interesse der Oeffentlichkeit berührt. Wir haben uns von jeher nicht genügend mit dem Ausbau der Gemeindeschulen beschäftigt. Die Thorner Gemeindeschulen sind sämtlich bedeutend stärker besucht als die Vorschulen am Lyzeum und an den Mittelschulen. Die Schülerzahl steigt bis auf 70, ein unhaltbarer Zustand, der eine Förderung der Kinder ganz und gar ausschließt. Will man sich für den Aufstieg der Begabten einsetzen, so muß vor allen Dingen auch auf den Vorschulen tüchtig „gesiebt“ werden. Die Vorschule in ihrer heutigen Art stellt eine schwere Schädigung sowohl der Gemeindeschule als auch eines großen Teiles der Kinder dar, die durch die wirtschaftlich günstigere Lage der Eltern auf eine Bahn gedrängt werden, deren Anforderungen sie nicht gewachsen sind. Aus diesen Gründen bitte ich den Magistrat, den möglichst sofort zu beginnenden Abbau der Vorschulen in Erwägung zu ziehen.

Oberbürgermeister Dr. Hasse: Stadtv. Paul überschätzt die Leistungsfähigkeit des Magistrats, wenn er der Ansicht ist, daß sich ein Abbau der Vorschulen bis Ostern durchführen lasse. Das ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil uns die Räume dafür fehlen, die Schüler alle unterzubringen. Ferner müßten neue Lehrkörper gebildet werden, oder es liegt die Gefahr nahe, daß wir die Vorschüler in die Privatschulen drängen. Daß die Zahl der Kinder in den Gemeindeschulen so hoch ist, ist recht bedauerlich. Auf die Vorschule des Gymnasiums hat der Magistrat zudem gar keinen Einfluß, da sie staatlich ist. Der Magistrat wird aber, der Anregung folgend, den Antrag des Stadtv. Paul der Schuldeputation zugehen lassen, die sich damit befassen und eine entsprechende Vorlage der Versammlung einbringen wird. Die Versammlung stimmt diesem Vorschlag zu.

4. Zustimmung zur Bereitstellung von 3000 Mark für die Besoldung polnischer Hilfslehrkräfte. — 5. Die Mittel für die Stelle eines juristischen Hilfsarbeiters werden gegen die Stimmen der Stadtv. Paul und Krause bewilligt. — 6. Zustimmung zur Erhöhung der Fehlgelder für die Vollziehungsbeamten auf 30 Mark, dagen lehnte der Magistrat die von den Vollziehungsbeamten nachgesuchte Erhöhung der Gehälter ab, da andere Städte, wie Bromberg, Graudenz, Marienburg, ein noch geringeres Gehalt zahlen als Thorn. — 7. Zustimmung zur Verlängerung des Mietsvertrages über das Turmgebäude Mauerstraße 24 mit dem Kaufmann Heyer unter Erhöhung des Jahreszinses von 75 Mark auf 150 Mark. — 8. Bewilligung von 2500 Mark zur Ausführung von Notstandsarbeiten im St. Georgen- und Jakobshospital. Stadt. Dombrowski macht darauf aufmerksam, daß schon vor dem Kriege immer der Wunsch geäußert wurde, einen Neubau der Hospitäler vorzunehmen. Die Räume in den alten Gebäuden seien direkt gesundheitsschädlich. Jetzt sei der geeignete Augenblick, den Plan zu verwirklichen, da Notstandsarbeiten geschaffen werden müßten. Ein Beschluß darüber wurde nicht gefaßt. — 9. Zustimmung zur

Gewährung von prozentualen Zuschlägen zu den Gehältern der Magistratsmitglieder, Beamten und Ruhegeldempfänger

für das Jahr 1919. Berichterstatter Krause führt hierzu aus: Die Beamten hatten sich zusammengetan und dem Magistrat einen Vorschlag über Gehaltsregelung zugehen lassen, der aber, den ganzen bisherigen Besoldungsplan umstoßend, von den Ausschüssen abgelehnt wurde. In der Besprechung, die zwischen den Herren Oberbürgermeister Dr. Hasse, Rentmeister Wurll, Sekretär Bohn, Kalkulator Schulze und Bürodirektor Koch stattfand, wurde beschlossen, an dem bisherigen Besoldungsplan festzuhalten, doch sollen folgende Zuschläge gewährt werden: Gruppe 1 bis 3 (Gehälter von 3300 bis 4200 Mk.) 10 v. H., Gruppe 4 bis 6 (Gehälter von 1800 bis 3000 Mk.) 15 v. H. und Gruppe 7a bis 11 (Gehälter von 600 bis 1800 Mk) 25 v. H. Berichterstatter bittet, den Gasanstaltsdirektor Sorge und die Oberfeuerwehrmänner von den Vergünstigungen auszuschließen. Stadtv. Paul stellt den Antrag, sämtliche Gehälter ohne Ansehen der Stellung um 500 Mk. zu erhöhen, da bei der vorgeschlagenen Staffelung die Unterbeamten, wie Schuldiener und Boten, besonders schlecht abschnitten, dagegen bittet er, den Schlachthausdirektor Kolbe keinen Zuschlag zum Gehalt zu gewähren, denn dieser Herr habe 4½ Jahre hindurch außer seinem vollen Friedensgehalt auch Veterinärgehalt (monatlich 595 Mk.) erhalten. Wenn es wahr sei, daß Kolbe diese Tatsache der Stadt nicht angezeigt habe und ihm nicht 7/10 des Friedensgehalts in Abzug gebracht worden seien, so solle man ihn auffordern, die zuviel gezahlten Beträge wieder herauszugeben. Daß man diesem Herrn, der entweder in Danzig oder im Eisenbahnwagen gewohnt habe, noch obendrein s. Zt. eine Sonderzulage von 2000 Mark gegeben habe, sei ihm unverständlich.

Stadv. Schlee stellt demgegenüber fest, daß die Stadt nicht zur Kürzung des Gehalts des Schlachthausdirektors befugt ist, da Kolbe nicht als Soldat eingezogen, sondern von der Stadt Danzig ausgeliehen sei. Die Verwaltung des Schlachthauses in Thorn habe ihm trotzdem obgelegen. Oberbürgermeister Dr. Hasse bemerkt, daß die Stadt dem Schlauchthausdirektor, der auch der Provinzialfleischstelle Danzig angehöre, manches zu danken habe. Zudem habe Kolbe die Verwaltung des städt. Schlachthauses voll ausgeübt, sodaß von einer Forderung auf Kürzung des Gehalts nicht die Rede sein könne. Der Antrag des Stadtv. Paul, daß der Magistrat nachträglich eine Vorlage über die Nachzahlung des Gehalts bringen soll, wird abgelehnt, dagegen wird der Magistratsvorlage mit dem Zusatz zugestimmt, daß die Mindestzulage 400 Mark betragen soll. Ueber die Gewährung von Zuschlägen an die Magistratsmitglieder wnrde eine Entscheidung noch nicht gefällt.

10. Uebernahme einer Bürgschaft bis zur Höhe von 300000 Mark für den Bau von Kleinwohnungen.

Berichterstatter Stadtv. Hoffmann gibt Kenntnis von der Kommission, die sich mit

der Prüfung des Kleinwohnungsbaues befaßt hat. Es sei geplant, außer den Zweizimmer-Wohnungen auch solche von drei Zimmern zu bauen, deren Miete etwas höher als 35 M. monatlich sein dürfte. Bisher seien 4 Häuser im Rohbau fertiggestellt, die von der Kommission einer eingehenden Besichtigung unterzogen worden seien. Die vorhandenen Mängel werden beseitigt, neue Baupläne geprüft.

Stadtv. Wichert tritt, auf die baldige Erschöpfung der Notstandsarbeiten hinweisend, bei denen z. Zt. ungefähr 1500 Arbeiter beschäftigt sind, für die Bewilligung des Kredites ein. Es handle sich um ein Werk von so großer sozialer Bedeutung, daß man sich dem nicht verschließen könne. Stadtv. Dombrowski erklärt sich als Förderer aller Bestrebungen, die auf Gründung des Eigenheims abzielen, doch ist er gegen den kolonialen Charakter, der diesen Bauten aufgedrückt wird. Die Häuser sollen nicht als Gesamtheit einer einzigen Stelle entstehen, sondern sollen sich, je nach Wunsch des Erstehers, über das gesamte Stadtgebiet verteilen. Stadtv. Krause, erstaunt, daß sich jetzt Widerspruch gegen die Vorlage erhebt, weist auf die Unmöglichkeit der vom Stadtv. Dombrowski gegebenen Anregung hin, da der Grund und Boden, den die Stadt für 50 Pfg. das Quadratmeter hergebe, in der Stadt nicht für diesen Preis zu haben sei. Die Folge hiervon sei eine ganz wesentliche Verteuerung des Hauses. Stadtv. Dr. Saft erinnert daran, daß es sich nur um eine Bürgschaft handelt, die zur Hälfte vom Staate getragen werde. Dieser habe bereits 300 Millionen Mark zur Förderung der Kleinwohnungsbaues bewilligt.

Im weiteren Verlauf der Aussprache werden die verschiedensten Mängel, bezw. Beanstandungen in der Ausführung der Bauarbeiten angeführt, die sich indessen leicht beheben lassen.

Die Vorlage wird fast einstimmig angenommen.

11. Zustimmung zum Verkauf eines Platzes in der Schwerinstraße an den Fabrikbesitzer Adolf Krause zum Preise von 6 Mark für das Quadratmeter. Der Preis wird vom Stadtv. Paul und vom Stadtv. Wichert für zu niedrig gehalten. Dem Widersprechen die Stadtv. Dombrowski und Hoffmann. Darauf wird die Vorlage angenommen.

11. Nachbewilligung von 7250 Mk. und 36300 Mk. zu verschiedenen Ausgabe Titeln der Kanalisations- und Wasserwerksverwaltung für 1918.

12. Bewilligung von 40000 Mk. und 65000 Mark zur Ausführung von Notstandsarbeiten der Kanalisations- und Wasserwerksverwaltung.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden vertagt.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Aus Stadt und Land

Thorn, 20. Februar 1919.

— **Postverkehr mit deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien.** Ein Postverkehr mit den noch in Sibirien verbliebenen deutschen Gefangenen war bisher nicht möglich. Das dänische Rote Kreuz in Kopenhagen ist jedoch voraussichtlich in der Lage, Postkarten — keine anderen Sendungen — an diese Gefangenen durch Vermittelung des dänischen Konsuls in Wladiwostok zu befördern. Die Postkarten sind, tunlichst in offenem Umschlag, ohne Begleitschreiben an das dänische Rote Kreuz in Kopenhagen unmittelbar einzusenden. Die an das dänische Rote Kreuz gerichteten offenen Briefumschläge mit den eingelegten Postkarten sind als Kriegsgefangenensendungen portofrei.

— **Rücktritt sozialdemokratischer Kandidaten.** Die Gewerkschaftssekretäre Schulz und Stoeßel in Bromberg sowie die Schriftstellerin Lodahl in Berlin, die bekanntlich als die drei ersten Kandidaten der sozialdemokratischen Vorschlagsliste zu Abgeordneten zur preußischen Landesversammlung für die Provinz Posen gewählt wurden, haben, wie der Wahlkommissar in der amtlichen Zusammenstellung über das Wahlergebnis mitteilt, die Annahme der Wahl abgelehnt. Als gewählt gelten somit die drei nächsten Kandidaten der Liste Geschäftsführer August Winter und Eisenbahnbeamter Karl Rosebrock, beide in Posen, sowie Amtsgerichtsrat Hugo Marquardt in Crone a. d. Brahe.

— **Aus Heeresbeständen freiwerdende Büroeinrichtungsgegenstände** (Schreibtische, Schreibmaschinen, Kassenschränke und dergleichen) werden z. Zt. in derartig geringem Maße zur Verfügung gestellt, daß bei den großen Anforderungen behördlicher Stellen Verkäufe vorläufig nicht stattfinden können. Im allgemeinen Interesse des Publikums wird hierauf vom Reichsverwertungsamt hingewiesen, um ihm unter den obwaltenden Verhältnissen unnütze Wege und Schreibarbeit zu ersparen.

— **Festversammlung des Coppernikus-Vereins.** Anläßlich des Geburtstages von Nikolaus Coppernikus fand, wie alljährlich am 19. Februar, gestern Abend in der Aula der Knabenmittelschule eine öffentliche Festversammlung des Coppernikus-Vereins für Wissenschaft und Kunst statt. Pfarrer Lic. Freytag eröffnete die Versammlung mit einem Rückblick auf das verflossene Vereinsjahr, das, obwohl für das deutsche Volk ein trübes Jahr voller tiefgreifender Ereignisse und Erschütterungen, für den Verein und seine Entwicklung ein glückliches gewesen, konnte er doch seine Arbeit wesentlich erweitern. Der Mitgliederstand beträgt nach Ab- und Zugängen gegenwärtig 101 einheimische, 9 auswärtige und 8 Ehrenmitglieder. In der Verteilung der Aemter mußte eine Veränderung vorgenommen werden, weil der Vorsitzende nach abgelaufener dreijähriger Amtsperiode nicht wieder wählbar ist. Anstelle von Pfarrer Lic. Freytag wurde somit Pfarrer Heuer zum Vorsitzenden, und in dessen bisheriges Amt, das des stellvertretenden Vorsitzenden, Pfarrer Freytag gewählt. Der Schriftführer Direktor Sorge wurde, ebenso wie die Rechnungsprüfer und die Mitglieder der Museumsdeputation in ihrer Gesamtheit wiedergewählt. Außer der Festversammlung am 19. Februar 1918 hielt der Verein 7 Monatsversammlungen ab, in denen ebensoviel Vorträge über wissenschaftliche oder künstlerische Themen gehalten wurden. Der Besuch war erfreulicherweise ein regerer als gewöhnlich. Ein neues im vergangenen Jahre ins Leben getretenes Unternehmen des Vereins sind die wissenschaftlichen Volkshochschulkurse. Die erste Vortragsreihe, umfassend 4 Vorträge von je 6 Stunden, begann unter außerordentlich starker Beteiligung gegen Ende des vorigen Jahres, die zweite Vortragsreihe läuft gegenwärtig. Durch einen namhaften Zuschuß der Stadt werden künftig auch Experimentalvorträge gehalten werden können. Es ist geplant, in jedem Winter 8 Vorträge in zwei Abteilungen zu bringen, wobei die Wahl der Redner nicht auf die Vereinsmitglieder beschränkt bleiben soll. Durch weiteres Wirken auf dem beschrittenen Wege will der Verein, getreu seinem Namen, der Pflege von Kunst und Wissenschaft in unserer Stadt dienen und das Seinige dazu beitragen, das Verständnis für diese hohen Güter im Volke mehr und mehr zu wecken. Aus der Coppernikusstiftung für Jungfrauen, deren Vermögen sich auf 6687,90 Mark beläuft, wurden in vier Fällen insgesamt 280 Mark an Stipendien bewilligt. Nach Erstattung des Jahresberichts übergab der bisherige Vorsitzende sein Amt an Pfarrer Heuer. — Sodann hielt Oberlehrer Carstenn den Festvortrag über das Thema „Nietzsche's Zarathustra". In lichtvoller durch gedrängte Form und schöne Sprache ausgezeichneter Weise behandelte er, anknüpfend an Ernst Moritz Arndts Erweckungsbuch „Ueber den Geist der Zeit", Zarathustras, des Uebermenschen Niederstieg zu den Menschen und Untergang. Nietzsche hat die prophetische Gestalt dieses großen Einsamen und gewaltigen Denkers, den die Sage um 700 vor Christi als persischen Priester kennt und der aus jener Zeit der starken religiösen nach Entspannung suchenden Konflikte als Religionsstifter in die Nachwelt hineinwächst, zu neuem Erleben erweckt und ihr einen neuen Geist eingehaucht, durch den der moderne Mensch des 19. Jahrhunderts zu seinen Zeitgenossen und der Nachwelt spricht. Zarathustra ist der überragende Geist, der die Mission hat, die Welt zu fördern mitzuteilen von seiner Größe und von seinem Licht; seine Aufgabe ist eine dreifache, er lehrt den Uebermenschen, die Selbstüberwindung und die ewige Wiederkehr. „Der Mensch hat eine Vergangenheit", spricht Darwin — „Der Mensch hat eine Zukunft" spricht Nietzsche, und darin liegt der Schlüssel des Verständnisses für den Uebermenschen, den Menschen der Zukunft, der ausgehend von Darwins Entwicklungshypothese über den Uebergangsmenschen der Gegenwart hinweg, in eine Zukunft voll ungeahnter Möglichkeiten zum Leben erstehen wird. In uns, den Gegenwärtigen, liegt der Keim des Kommenden, auf dessen Beginn und Beschaffenheit wir Einfluß gewinnen sollen, eine Aufgabe, die das Größte und Schmerzlichste von uns verlangt: Selbstüberwindung. Zarathustra hat das Leben durchlebt, durchlitten und durchlernt, und aus seiner Weisheit stellt er den Satz auf: Alles Leben ist Willen zum Gehorsam und Dienen, um endlich das Herrscherrecht zu erlangen, herrschen und gehorchen in gegenseitiger Wechselwirkung. Das Leben der Entwicklung scheint sich selbst das Grab zu graben, dennoch gibt es an der Stelle, die scheinbar jede Fortsetzung ausschließt, einen Ausweg und zwar den der Selbstopferung, der als logische Folge die ewige Wiederkunft verheißt. Ernst Moritz Arndt hat in des Vaterlandes Schicksalsstunde den göttlichen Menschen gepredigt, Nietzsche hat in der großen Geistesnot der neuen Erkenntnisse den Weg in die Zukunft gesucht, die den neuen Heiland bringen sollte. So reichen sich Anfang und Ende des 19. Jahrhunderts die Hand in dem Bekenntnis: „Ich liebe die Menschen". — Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag schloß mit einigen Lichtbildern, die Arndt, Darwin, Wegner und Nietzsche in Zeichnung und Büste zeigten.

— **Ortsausschuß für Jugendpflege.** Unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Hasse tagte am 18. nachmittags im Stadtv.-Sitzungssaale der Ortsausschuß für Jugendpflege. Dem Bericht des Geheimrats Dr. Maydorn zufolge, der nach der Einberufung des Kreisbaumeisters Krause, des Leiters der Jugendkompagnie, die Führung übernahm, entstand die Jugendkompagnie im Oktober 1914 mit etwa 300 Mitgliedern. Eine besondere Förderung erfuhr die Kompagnie durch Oberstleutnant Starck, der auch jüngere Offiziere zur Veranstaltung der Uebungen zur Verfügung stellte, bis diese fest in der Hand des Oberlehrers Johannes vom hiesigen Oberlyzeum lagen. Die Kompagnie beteiligte sich an der Veranstaltung patriotischer Feste — Sedan, Tannenberg, Kaisersgeburtstag usw. — und an Wettspielen und Wettkämpfen. Dieselben fanden 1916 und 1917 in Marienwerder und 1918 in Thorn statt. Der Besuch der Uebungen litt unter den ungünstigen Zeitverhältnissen und betrug etwa 50 Prozent der Anmeldungen. Geldmittel flossen der Jugendkompagnie zu vom Regierungspräsidenten und von der Stadt Thorn von insgesamt 5500 Mark. Sie wurden teilweise verausgabt zur Beschaffung von Turn- und Spielgeräten, Flinten, Ausrüstungsstücken, Trommeln und Pfeifen u. s. w., so daß jetzt noch ein Bestand von rund 1500 Mark vorhanden ist. Bei Ausbruch der Revolution wurden die Uebungen der Kompanie eingestellt, die gänzliche Auflösung derselben erfolgte Ende 1918 auf Anordnung des Kriegsministeriums. Das Eigentum der Kompanie wurde nach dem Vorschlage des Geheimrats Maydorn und unter Zustimmung der Versammlung folgendermaßen verteilt: Die Spielgeräte werden dem hiesigen Sportplatz, die Fahne der „Jahn"-Turnhalle, der Betrag von 1500 Mark der hiesigen Jugendpflege zur Beschaffung eines Lichtbild-Apparates und mehrerer Lichtbild-Serien überwiesen. Der Apparat soll im Oberlyzeum untergebracht werden. — Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Benutzung des neuen Sportplatzes" berichtet Stadtrat Walter folgendes: Der genannte Platz liegt westlich der Culmer Chaussee. Seine Einrichtung wurde anfangs mit 41 000 Mark veranschlagt, und wird nach nochmaliger Veranschlagung auf 90 000 Mark kommen. Den Grund und Boden hat die Stadt Thorn unentgeltlich hergegegen, außerdem 6000 Mark Barmittel. Der Staat hat bisher 29 800 Mark zur Einrichtung beigesteuert, weitere 21 000 Mark sind von der Stadt bei ihm beantragt, sodaß sich die Staatsbeihilfe auf rund 50 000 Mark beziffern wird. Bis jetzt ist zur Benutzung fertig das Mittelfeld, das sich besonders zum Rasensport eignet. Nach dem Gutachten der Sachverständigen ist der Thorner Sportplatz der beste des ganzen Ostens. Er ist vorzugsweise zum Austrag von Wettkämpfen und Wettspielen gedacht. Nach dem Vorschlage des Kaufmanns Eduard Kittler wird die Oberaufsicht über den Platz der städtischen Gartenbauverwaltung übertragen, der eine Kommission von 5 Fachleuten beigegeben wird.

— **Falsche Gerüchte über die Schichauwerft.** In ausländischen Zeitungen ist kürzlich mitgeteilt worden, daß die Schichauwerft in Danzig und Elbing von amerikanischen Firmen angekauft worden sei. Wie wir aus amtlicher Quelle hören, trifft diese Nachricht nicht zu. Auch das Gerücht, daß die Schichauwerft in Danzig in die Hände eines englischen Konsortiums übergehen soll, entbehrt der Begründung.

— **Bilderausstellung.** Im Schaufenster der Buchhandlung Fischer, Breitestraße, zeigt Dr. Albrich-Thorn, eine Sammlung von Aquarellen, Pastellen und Zeichnungen. Die Arbeiten sind zum größten Teil verkäuflich.

— **In der Versammlung der deutschdemokratischen Partei im Viktoriapark** wurden durch die von gegnerischer Seite aufgebotenen Ruhestörer und Hausfriedensbrecher nicht nur mehrere Personen verletzt — ein Offizier erhielt einen Messerstich in den Hals —, sondern auch Sachschaden angerichtet. Wie wir hören, wird der Schaden auf mehr als 300 Mark geschätzt.

— **Der Voigtsche Leseverein** hält seine diesjährige Mitgliederversammlung, Montag, den 24. d. Mts., abends 6 Uhr im Artushofe unten ab. Es findet die Rechnungslegung, Bücherauswahl und Vorstandswahl statt. Infolge der bedeutend gestiegenen Preise für Bücher sieht sich der Vorstand genötigt, einen Antrag auf Erhöhung der Mitgliederbeiträge vom 1. April d. Js. ab zu stellen.

— **Der evangelische Bund** zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen hat am 1. Februar an die Christlichgesinnten aller Länder wegen Aufhebung der Hungerblockade und Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen einen Funkspruch ausgehen lassen. Der Verband deutscher evangelischer Pfarrervereine dem über 12 Tausend Pfarrer angehören, hat einstimmig beschlossen, sich diesem Appell anzuschließen.

— **„Söhne des Volkes".** Im Metropoltheater wird bis Montag, den 24. der besonders aktuelle, die Verhältnisse der Revolutionszeit widerspiegelnde nordische Kunstfilm „Söhne des Volkes" vorgeführt. Die mitten aus dem Leben gegriffene Handlung ist so packend und lebenswarm ausgestaltet, daß ein Besuch des Theaters empfohlen werden kann.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Freitag, den 21. Februar. Milde, meist wolkig, Regenfälle.

Marienburg. Ueber hundert Flüchtlinge aus der Ukraine, meistens Frauen und Kinder, die deutscher Abstammung und Herkunft sind, weilen in unserer Stadt. Haus und Hof, Hab und Gut haben sie in ihrer Heimat im Stich lassen müssen, um ihr Leben vor dem einfallenden mordenden und raubenden Horden der Bolschewisten zu retten.

Elbing. Der Bau einer Talsperre wird demnächst in der Nähe des Gutes Bankau (Danziger Höhe) von der Firma Schichau begonnen.

Bromberg. Bildung eines Eisenbahnarbeiterrates. Im Einverständnis mit den Leitungen der im Bezirk der Eisenbahndirektion Bromberg am meisten vertretenen Arbeiterverbände, des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes, ist bei der Eisenbahndirektion in Bromberg ein Eisenbahnarbeiterrat gebildet worden, mit dem als vorläufiger Vertretung der Arbeiterschaft des Direktionsbezirks die wichtigen Arbeiterangelegenheiten in gemeinsamen Besprechungen erörtert werden sollen.

Thorner Strafkammer.

Thorn, 15. Februar.

Wegen Einbruchsdiebstahls waren die Arbeiter Franz Gotowski, Bernhard Kosabucki, Stanislaus Falkowski und Gustav Schilling, sowie die Musketiere Max Zielinski und Johann Romanowski von hier angeklagt. Am 21. Dezember v. Js. verabredeten dieselben, in die Gastwirtschaft von Stein auf dem Schlachthofe einzubrechen. Gegen 11 Uhr abends begaben sie sich dorthin, stiegen über den Zaun, rissen zusammen die Holzklappe von einem Fenster und stiegen dann in die Wirtschaft ein, wo sie 15 Flaschen Wein, 50 Zigarren und 20 Zigaretten entwendeten. Mit dieser Diebesbeute begaben sie sich zu der Parowe der Jakobs-Vorstadt, wo sie in einem Unterstande den Wein austranken und die Zigarren verrauchten. Gegen 5 Uhr morgens beschlossen sie, auch noch im Schlachthofe einzubrechen. Gotowski stieg auf die Mauer und drückte ein Fenster ein. Darauf stiegen er, Kosabucki und Falkowski in das Gebäude ein, wo sie noch eine Tür erbrachen und dann in einen Raum gelangten, in dem ungeräucherte Dauerwürste hingen. Sie stahlen im Ganzen gegen drei Zentner Würste, die einen Wert von 2 bis 3000 Mark hatten, und warfen sie den unten stehenden Teilnehmern zu. Alle sechs trugen die Würste wieder in den Unterstand, wo sie sich den Raub teilten. Die Angeklagten waren in vollem Umfange geständig. Von ihnen wurden Kasabucki, der bereits dreimal wegen Diebstahls vorbestraft ist, sowie Schilling als der älteste zu je 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Gotowski, Falkowski und Romanowski verhängte das Gericht je 7 Monate Gefängnis. Von diesen Gefängnisstrafen gelten bei jedem Angeklagten 6 Wochen durch die Untersuchungshaft für verbüßt. Der Musketier Zielinski muß vom Militärgericht zur Aburteilung gelangen.

Dem Arbeiter Franz Benthin aus Podgorz wurde ebenfalls Diebstahl zur Last gelegt. Er hat im Oktober v. Js. seinem Arbeitskollegen Witt bei der Eisenbahnwerkstatt aus dem verschlossenen Schrank eine Hose und einen Sack entwendet. Die Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof aber erkannte auf Grund des Gnadenerlasses vom 3. Dezember auf Einstellung des Verfahrens.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Zu dem Eingesandt in Nr. 31 der „Thorner Presse" vom 6. Februar 1919 bemerkt der Vorstand der unterzeichneten Ortsgruppe folgendes: Wir haben zur Prüfung des in dem Eingesandt erwähnten Tatbestandes sowohl bei der hiesigen Kommandantur, wie bei dem Gouvernement Erkundigungen eingezogen und dabei festgestellt: 1. Bei der Kommandantur ist während der ganzen Kriegszeit überhaupt kein jüdischer Soldat beschäftigt gewesen, 2. Bei dem Gouvernement ist seit 1915 der Sergeant Siegmund Leß von hier tätig. Derselbe war vorher im Felde, dort hatte er sich ein schweres inneres Leiden zugezogen und den Fuß gebrochen, infolge dessen er Dienstuntauglich wurde. Trotzdem hat sich Herr Leß noch 2 Mal ins Feld gemeldet, wurde aber beide Mal zurückgewiesen. Das eiserne Kreuz hat er ohne Mitwirkung und ohne Vorwissen des hiesigen Gouvernements nachträglich von seinem Truppenteil für seine vor dem Feinde bewiesene Tapferkeit erhalten.

Aus diesen Angaben ist zu ermessen, wie die eidesstattliche Vrsichrung jener 6 Herren Einsender zu bewerten ist.

Der Vorstand der Ortsgruppe des Zentral-Vereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 21. Februar 1919.

St. Georgenkirche. Abends 6 Uhr: Betstunde. Herr Pfarrer Heuer.

Standesamt Thorn.

Vom 17. bis 19. Februar 1919.

Sterbefälle: Kaufmannswitwe Sophie Spieß geb. Hintzer verw. gew. Wegner 75 J. 10 Mon. Eigentümerfrau Hedwig Hensing geb. Schumann verw. gew. Weber 33 J. 8 Mon. Arbeiterwitwe, Rentenempfängerin Marianna Dzyngelowski geb. Strohm verw. gew. Zurawski 78 J. 10 Mon. Arbeiterin Albertine Gartzke 45 J. 7 Mon. Arbeiterfrau Wilhelmine Goertz geb. Werner 77 J. 2 Mon. Lehrerin Marie von Mühlbach 64 J. 11 Monate. Städtische Sparkassenbuchhalter-Witwe Auguste Lilienthal geb. Grabowski 43 J. 8 M. Schuhmachermeister Johann Murawski 86 J. 9 Mon.

Standesamt Thorn-Mocker.

Vom 12. Februar 1919.

Sterbefälle: Wanda Kusch 4 Monate. Arbeiter Thomas Bialorucki 73 J. Besitzerwitwe Berta Geotz geb. Salamon 65 J. Arbeiterfrau Julianna Schütz geb. Sosnowski 59 Jahre. Konrad Topczewski 2 J. 9 Mon. Schütze Postgehilfe Maximilian Schmidt 24 J. Dienstmädchen Marie Zdrojewski 24 J. Johann Gorinski 2 J. 1 Mon. Zimmerpolierfrau Thekla Tomaszewski geb. Makowiecki 48 J.

Bekanntmachung.

Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß die beim Rückmarsch der Truppen in Unterkunftsräumen zurückgelassenen oder unterwegs liegen gebliebenen

Heeresnachrichtenmittel

an die Militärbehörden abzuliefern sind.

Zum Nachrichtengerät gehören: Fernsprech- und Telegraphenapparate, Leitungsmaterial, isolierter und blanker Draht, Baugerät, Funkerapparate, Blinkgerät, Leuchtmittel, Schallmittel, Ausrüstungs-Gegenstände für Brieftauben und Meldehunde einschl. der dazu gehörenden Fahrzeuge und Geschirre.

Es wird ersucht, solche in Unterkunftsräumen zurückgelassenen Nachrichtenmittel baldmöglichst an das Demobilmachungsbüro — Rathaus, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 1 — abzugeben, worüber auf Verlangen eine Empfangsbescheinigung erteilt wird. Wir weisen darauf hin, daß bei späterem Vorfinden solchen Geräts, welches Eigentum der Heeresverwaltung ist, Anzeige an die Gerichtsbehörde erfolgen würde.

Thorn, den 11. Februar 1919.

Der Magistrat.
Demobilmachungsausschuß.

Fleischverkauf.

Infolge ungenügender Anlieferung von Schlachtvieh können für die laufende Woche auf die ganze Fleischkarte anstatt 200 gr nur 150 gr Fleisch mit eingewachsenen Knochen oder 120 gr Fleisch ohne Knochen und auf die Kinderkarte die Hälfte dieses Gewichts verabfolgt werden.

Thorn, den 20. Februar 1919.

Der Magistrat

Bekanntmachung.

Die Heeresverwaltung beabsichtigt eine Erweiterung des Garnisonfriedhofes nach Süden unter Schließung des Teiles der Drewitzstraße, welcher von der Südostecke des Drewitz'schen Fabrikgrundstücks zur Wollmarktstraße führt.

Diese Straßenstrecke soll aus der jetzigen Richtung verlegt und etwas südlicher entlang dem Grützmühlenteiche nach der Wollmarktstraße geführt werden, sodaß das unterhalb des gedachten Teiles der Drewitzstraße gelegene Dreieck von 1965 qm Flächeninhalt als Erweiterungsgelände des Garnisonfriedhofes mit ihm einen ungetrennten Zusammenhang erhält.

Die verlegte Straßenstrecke wird öffentliche Fahrstraße, während die weitere Verbindung nach Süden entlang dem Drewitz'schen Grundstück und durch das Glacis bis durch das Grützmühlentor öffentlicher Fußweg wird.

Dieses Vorhaben der Wegeverlegung wird mit der Aufforderung veröffentlicht, etwaige Einsprüche binnen vier Wochen zur Vermeidung des Ausschlusses — beginnend mit dem 21. Februar d. Js. — hier (Zimmer 5) geltend zu machen (§ 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883).

Thorn, den 17. Februar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

„O Jugendzeit, o schöne Zeit!"

Ehem. Zöglinge d. Kgl. Gr. Militär-Waisenhauses Potsdam, auch Freunde und Gönner dieser, werden gebeten ihre Adresse anzugeben bei

Radloff,
Thorn, Schuhmacherstr. 24 I.

Am Sonnabend, d. 22. d. Mts.
nachmittags 2½ Uhr
werden in der Schießstandskantine bei Forsthaus Rudak

einige Tische und Stühle,

die meist schadhaft sind, sowie einige Dutzend Biergläser, Bierseidel und Schnapsgläser, einige Bierkräne und ein altes Klavier entweder meistbietend oder freihändig gegen Barzahlung verkauft.

Musik-Unterricht!

Harmonium, Klavier rc., erteilt gründlich und gewissenhaft, nachmittags und abends

Henke, Bromberger-straße 102

Einzelne

Paßbilder

werden billigst angefertigt bei **Anders & Co.**

Teltower-Rübchen

eingetroffen
M. Vetter, Schillerstraße 28.

Ausweiszwang.

Die Personalausweise können erst von **Freitag, den 21. d. Mts.,** ab ausgefertigt werden.

Die Ausstellung erfolgt:

a) für die Bewohner der Bromberger Vorstadt in der Polizeistation Mellienstraße 78,

b) für die Bewohner von Thorn-Mocker in der Polizeistation Lindenstraße 22,

c) für die Bewohner der Innenstadt, Jakobs- und Culmer-Vorstadt, Hauptbahnhof pp. im Einwohner-Meldeamt, Altstädt. Markt 16 I.

Zu c. Im Einwohner-Meldeamt erfolgt die Ausstellung der Ausweise in den mit entsprechender Aufschrift versehenen Zimmern, nach dem Anfangsbuchstaben der Namen und zwar:

Freitag, den 21. Februar cr., für Personen mit den Anfangsbuchstaben **A** und **M**,

Sonnabend,	den 22. Februar cr.,	Buchstaben	**B** und **N, O,**
Montag,	„ 24.	„ „ „	**C, D, E** und **P, Q, R,**
Dienstag,	„ 25.	„ „ „	**F, G** und **S,**
Mittwoch,	„ 26.	„ „ „	**H, J** und **T, U, V,**
Donnerstag,	„ 27.	„ „ „	**K** und **W,**
Freitag,	„ 28.	„ „ „	**L** und **Z.**

Zur Vermeidung unnötigen Andrangs wird das Publikum ersucht, sich genau nach diesem Abfertigungsplan zu richten.

Da Personalbeschreibung aufgenommen und eigenhändige Unterschrift geleistet werden muß, ist das **persönliche** Erscheinen jedes Einwohners von mehr als 14 Lebensjahren und das Mitbringen eines Lichtbildes zum Einkleben in den Ausweis erforderlich.

Thorn, den 18. Februar 1919.

Die Polizei-Verwaltung.

Das Tanzkränzchen am Freitag, den 21. Februar beginnt schon um 5 Uhr.

M. Toeppe-Plaesterer.

Josef Winkler

Brückenstrasse 27 — Telefon 1479 | Ingenieurbüro — Filiale in Lyck. | Brückenstrasse 27 — Telefon 1479

Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen

für Rittergüter, Fabriken, Ortschaften, sowie im Anschluss an das Elektrizitätswerk, deren Reparaturen und Erweiterungen

Lieferung von Beleuchtungskörpern, Glühlampen, sowie sämtlichen Installations-Materialien.

Ladestation transportabler Akkumulatoren.

▼ Ankerwickelei ▼

Reparatur u. Neuwickelung von Motoren, Dynamos jeder Stromart und Spannung, bei kürzester Lieferzeit

Reparatur elektromedizinischer Apparate, Fönapparate, Anlasser, Bau von Schaltafeln usw.

— Ingenieurbesuche und Kostenanschläge auf Wunsch. —

Zu äusserst günstigen Preisen sofort ab unserm Lager lieferbar:

Maschinenöl-Destillate

Prima Motoren-Sattdampf und Heißdampf **Cylinderöle**

Deutsche Rückstands- und Teerfettöle

Maschinen-, Wagen-, Leder- und Huffette, ferner sämtl. technische Bedarfsartikel

Maschinenabteilung der Ueberlandzentrale Westpreußen G. m. b. H.
Marienwerder Wpr. Fernruf 370 75.

Einen Sänger oder eine Sängerin

zur Begleitung eines Hoferfilms von Freitag, den 21. bis Montag, den 24. Februar, verlangt

Odeon.

---

1 Umroller und 2 junge Leute

sofort gesucht.

Odeon.

Gewandte Kolporteure

gesucht (Stadt und Land) für neuen, hohen Gewinn bring. Artikel (Ehrengabe für heimgekehrte Krieger)
Kunstverl. H. Antritter, Pforzheim

Schneider

für Großstücke und Hosen, stellt sofort ein, in und außer dem Hause

Friedrich Hecktor.

Ein Schuhmachergeselle

auf dauernde Beschäftigung sofort gesucht. C. Jastrzemski, Mellienstr. 78

Einen Stellmacher

für dauernde Beschäftigung stellt sofort ein **Otto Gehrt,** Schmiedemeister, Graudenzerstraße 87/89.

Arbeiter

stellen ein

Laengner & Illgner
Thorn-Mocker

Laufbursche

wird sofort eingestellt bei **B. Doliva.**

Tücht. 1. Putzarbeiterinnen

sofort gesucht.

Kaufhaus S. Baron
Schuhmacherstr. 20.

Restaurant-Köchin

sowie **Mädchen für alles** per 1. 3. gesucht. Angebote unter Nr. **291** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Offizier-Speiseanstalt sucht sofort

saub. Hausmädchen oder Diener.

Reinigung u. Beheizung v. 2 Zimm. u. Nebenräumen, Bedienen b. Tisch, 10—12 Teilnehmer, mittags u. abds. Freie Wohnung und Beköstigung. Angebote m. Zeugn. u. Gehaltsanspr. an Oblt. **Schultz,** Pionier-Btl. 17.

Bäcker

33 Jahre, ledig, vom Felde zurückgekehrt, sucht von sofort Stellung **Johann Malinowski,** Thorn, Tuchmacherstraße 16.

ODEON-LICHTSPIELE.

Gerechtestraße 3.

Von Freitag, den 21. bis Montag, den 24. Februar:

Vera Panina.

Der Roman einer Zigeunerliedersängerin in 4 Akten.
Die berühmte Schauspielerin **Marie Widal** als Vera Panina in der Hauptrolle.
Max Marlinski als Fred Brunar, Lieder-Komponist.
Max Wogritsch als Harald von Trachberg usw,

Stürme des Lebens

Drama in 4 Akten.
Von Franz Hofer, Hauptrolle **Martha Orlanda** und **Magnus Stifter.**

Personen:

Witwe Strohm	Elisabeth Flügel.
Olas ihr Sohn	Werner Kraut.
Carmen	„
Der Direktor	„
Edith sein Pflegling	Grete Gerhard.
Baron Harmson	Carl Anen.

METROPOL-THEATER.

Friedrichstraße 7.

Von Freitag, den 21. bis Montag, den 24. Februar:

Söhne des Volkes.

Drama vom Aufbau der Gesellschaft in 5 Akten.
Problemfilm der Jetztzeit.
Hauptrolle **Gunar Tolnaes.** Großer nord. Kunstfilm. Länge 2000 m

Darsteller:

Helmut Streiter	Gunar Tolnaes.
Waldo Streiter	Svend Kownbek.
Oskar Streiter	Golger Madsen.
Die Mutter	Clara Schonheld.
Jonna Streiter	Astrid Holm.
Geheimrat Hartwig	Carl Lauritzen.
Angelika seine Tochter	Lily Jacobson.
Iwan Straski	Friedrik Jacobson.
Redakteur Herwald	Adolf Jensen.

Die blaue Maritius.

Lustspiel in 3 Akten.
In der Hauptrolle der beliebte Schauspieler **Viggo Larsen.**

NB. Die Vorführung **„Söhne des Volkes"** ist im Metropol-Theater, Friedrichstraße 7, um 4 Tage verlängert, um jedem Gelegenheit zu geben, das hervorragende zeitgemäße Kunstwerk zu sehen.

Sonntag von ½2 bis 4 Uhr große Kinder-Vorstellung.

Artushof.

Mittwoch, 26. Februar, abends 7½ Uhr

Lieder- und Arien-Abend

Hilde Baumann

vom Landestheater (früher Hoftheater) Karlsruhe.

Unter Mitwirkung des

Balletmeisters Wolfer

und Solotänzerin des Danziger Stadttheaters.

Eintrittspreise à Mk. 4.40, 3.30, 2,20, –,85 von Mittwoch an in der Buchhandlung **Walter Lambeck.**

Zu verkaufen:

1 fescher Damenmantel aus Militärstoff, 1 Tennisbluse.
Waldstraße 31 pt. links.

Zu verkaufen:

Weißes Voilekleid, schw. Voilekleid, 2 Mäntel, Bettdecke, Frack, Schränkchen u. Kindermöbel. Besichtigung 2—7 Uhr. Brückenstraße 9.

Sofa (neu)

Gobelinbezug mit grüner Plüscheinfassung, verkauft preiswert
A. Schultz, Tapezierer, Strobandstr. 11, Hof.

---

1 eleganter Bücherschrank, nußb., 1 elegante weiße Küche, eine fast neue Damenhandmaschine (Singer), ein nußbaum Büfett, 1 Salonspiegel, 1 Salongarnitur, 1 Eisspind, zweitürig.

zu verkaufen.

Naftaniel, Baderstraße 20, Telefon 805.

Maskenkostüm für Dame,

Rasiermesser und Streichriemen, schwarze Herrenglacéhandschuhe, Größe 7¼, zu verkaufen. Zu erfragen Waldstraße 29, von 11 Uhr an.

Ein guterhaltener Leierkasten

billig zu verkaufen
Thorn-Mocker, Kometenstraße 11,
W. Kunewicz.

2000 Ztr. pa. Futterstroh

auch mit Anfuhr preiswert abzugeben.
Skrzypnik, Podgorz, Marktstr. 68

---

3 starke Arbeitspferde

stehen zum Verkauf bei
Franz Liedtke, Gramtschen.

---

1 Nähmaschine

und 1 gr. Bücherspind kauft **Marks,** Wilhelmstr. 9 II, Bahnhofshotel, Hhs.

Wachs

kauft
Anker-Drogerie, Elisabethstr. 12/14

Ziegen

zum Schlachten
aus dem Stadt- u. Landkreise Thorn
kauft

Herrmann Rapp.

Aufkäufer werden gesucht!

Stadt-Theater

Freitag, 21. Februar, 6 Uhr:
Zum 6. Male:

„Hannerl".

Sonnabend, 22 Febr., nachm. 2½ Uhr
Heiterer Nachmittag für Klein und Groß!

Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Max und Moritz".

Abends 6 Uhr! Ermäßigte Preise!
Zum letzten Male!

„Nathan der Weise".

Sonntag, 23. Febr., nachm. 2½ Uhr:
Ermäß. Preise! Zum letzten Male!

„Fürstenliebe."

Abends 6 Uhr: Zum 7. Male!

„Hannerl".

Lehrerausschuss.

Sitzung

am Sonnabend, d. 22. Februar
vormittags 11 Uhr
im Stadtverordneten-Sitzungssaale

Dr. Albrich

Kämmchen

„Kleinkunstbühne"
Gerechtestr. 3.

— Anfang 5 Uhr. —

Einen Riesenerfolg erzielt **das neue Februar-Programm**

Kontrollkassen

National-Totaladdierer, ältere und neuere Modelle kaufen wir gegen bar. Offerten unter **J. O. 6751** an **Rudolf Mosse, Berlin S. W. 19.**

Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Thorn

— eingetragener Verein. —
Jahresbeitrag 6.00 Mark.
Wohnungs-Nachweis in der Geschäftsstelle

Baderstrasse 26 — Telephon 927.

Geschäftsstunden tägl. v. 10—12 Uhr, und von 4—7 Uhr.

Abgabe von Mietsverträgen und Auskunft in allen Fragen des Hausbesitzes ebendaselbst. — **Vermietete Wohnungen sind sof. abzumelden.**

Friedrichstr. 10-12, Pferdest. u. Rem. s.
Seglerstr. 25, 1 Laden m. Keller 1.7.18.
Coppernicusstr. 8 2 Läden evtl. mit Wohnungen sofort.
Mellienstr. 103, 2 E. 5—6 Z. 1. 4. 19.
Mellienstr. 5, 3 Etg. 10 Zim. 1. 4. 19 Zentralheizung.
Friedrichstr. 10 12, 1 Etg. 6 Zimmer 1700 M. 1. 4. 19.
Schulstr. 23, 1 Etg. 8 Zim. 2200 M. 1. 4. 19, Zentralheizung

Wohngrundstück

in einer der besten Straßen der Altstadt zu verkaufen, auch durch Vermittlung. Viel Nebenräumlichkeiten, großer Hof mit Durchgang auf Nebenstraße.

Interessenten belieben ihre Adresse sogleich unter Nr. 292 in der Geschäftsstelle dieser Ztg. niederzulegen.

Herrschaftliche Wohnung

7 Zimmer, Bad, Stall und reichl. Zubehör, sofort oder 1. April zu vermieten.
Näheres Waldstraße 15, part.

5–7 Zimmerwohnung,

3 Treppen, vom 1. 4. zu vermieten
Carl Preuss, Parkstraße 16.

Synagogale Nachrichten.

Freitag Abendgottesdienst 5 Uhr 10 Minuten.
Sonnabend Frühgottesdienst 7½ Uhr, Hauptgottesdienst 10 Uhr. Abendgottesdienst 5 52 Uhr.
Morgengottesdienst an den Wochentagen 7 Uhr, Abendgottesdienst 5 Uhr 10 Minuten.

Thorner Zeitung

Nr. 44. Beiblatt. — Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger — **Freitag, 21. Februar 1919**

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 19. Februar 1919.

— **Rückgang in der Milch- und Butterversorgung** Die Milcherzeugung hat augenblicklich ihren größten Tiefstand erreicht. Ein Grund ist neben der Jahreszeit die durch Erhöhung der Fleischration nötig gewordene stärkere Heranziehung des Milchviehbestandes zur Schlachtung. Hinzu kommt leider noch, daß viele Besitzer sich nicht mehr veranlaßt fühlen, ihre Staatsbürgerpflicht zur Ablieferung der entbehrlichen Milch zu erfüllen. Es können deshalb, wie das städtische Verteilungsamt mitteilt, die für Februar ausgegebenen Milchkarten nicht mehr voll beliefert werden. Es mußte den Milchausgabestellen überlassen werden entsprechend der geringen Belieferung Abzüge an der abzugebenden Milchmenge zu machen. Das hat zu zahlreichen Beschwerden geführt. Für die nächste Milchkartenausgabe muß deshalb die erste Sorge sein, daß jede auszugebende Karte auch voll beliefert wird. Die Stadt sieht sich daher zu ihrem großen Bedauern gezwungen, die Kinder im Alter von 6 bis 8 Jahren und die alten Leute im Alter von über 65 Jahren, soweit ihnen nicht ärztlicherseits Milch zugebilligt ist, vorläufig vom Milchbezuge auszuschließen. Es steht jedoch zu hoffen, daß diesen Personen, die gesetzlich keinen Anspruch auf Milch haben, solche doch in einigen Wochen wieder zur Verfügung gestellt werden kann. Die geringe Milchproduktion hat eine geringere Butterzufuhr zur notwendigen Folge. Die Provinzialfettstelle beliefert die ganze Provinz nach und nach gleichmäßig mit 62,5 Gramm Butter für jede Person. Ehe die Reihe nicht herum ist, kann dieselbe Stadt nicht wieder beliefert werden. Die Einwohner von Thorn müssen deshalb damit rechnen, daß ein neuer Butteraufruf nicht vor Anfang März erfolgen kann. Eine außerordentliche Margarineausgabe ist der Stadt für die nächste Zeit in Aussicht gestellt. Der Zeitpunkt steht aber noch nicht fest. Eier werden bisher auch noch gar nicht eingeliefert. Sobald wärmere Witterung eintritt, ist jedoch bestimmt mit einer Besserung zu rechnen. Vorläufig heißt es die Zähne zusammenbeißen und durchhalten.

— **Die Kohlennot im Osten.** Die Handelskammer Königsberg i. Pr. hat dem Demobilmachungsamt wegen der Kohlennot berichtet: Wird die Kohlenversorgung des Ostens nicht schleunigst gründlich gebessert, so dürften die wenigen industriellen Betriebe des Bezirks in absehbarer Zeit zum Stillstand kommen. In der Zellstoffindustrie ist bei anhaltendem Kohlenmangel mit Stillegung zu rechnen. In der Bauindustrie gefährdet die drohende Kohlennot die Betriebsergebnisse in hohem Maße. Abhilfe kann nur die schleunige Belieferung mit Kohlen schaffen. Für die Ziegelindustrie ist die Zuführung von Kohlen und Koks unbedingt erforder-

— **Willst Du nicht mein Bruder sein . . .** Seit einigen Tagen wird in Allenstein auf der Schneidemühlen Hermenau Terrorismus seitens der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter gegen die Arbeiter, die sich in der katholischen Gewerkschaft befinden, geübt. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter sollen erklärt haben, daß, wenn ihre Mitarbeiter bis Montag der sozialdemokratischen Gewerkschaft nicht beitreten, sie die Arbeit niederlegen, um anscheinend von dem Unternehmer zu erzwingen, daß die der sozialdemokratischen Organisation nicht angehörenden Arbeiter entlassen werden. Wo bleibt da die Freiheit, die die Sozialdemokratie dem Volke insbesondere den Arbeitern predigt?

Thorner Kriegsgericht.

Thorn, 13. Februar.

Nach langer Pause wurde an alter Stätte wieder ein Kriegsgericht abgehalten, das von zwei Kriegsgerichtsräten, zwei Feldwebeln und einem Kanonier besetzt war. Herr Kriegsgerichtsrat Horn eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache und führte aus, daß der Wiederzusammentritt des Gerichts ein Zeichen dafür sei, daß man nach der Zeit der Wirnisse wieder gewillt ist, zur Ordnung und, was noch wichtiger ist, zur Mannszucht zurückzukehren. Recht und Gesetz sind die Fundamente jedes Staates und dazu Mannszucht im Besonderen jedes Heeres. Ohne Mannszucht ist ein Heer undenkbar. Zur Aufrechterhaltung von Recht und Mannszucht im Heere sind im Besonderen die Militärgerichte berufen, und die nach der neuen Ordnung gewählten beisitzenden Richter sind jetzt vor die Aufgabe gestellt, bei dieser Rechtsprechung mitzuwirken. Zum ersten Male tritt ein so besetztes Gericht zusammen. Die Mitglieder desselben werden bald erkennen, daß es oft schwer ist, Recht zu sprechen. Der oberste Grundsatz jedes rechtsprechenden Richters muß Unparteilichkeit sein. Die Justizia wird stets mit einer Binde vor den Augen dargestellt, d. h. sie soll stets nur nach Recht und Gesetz, niemals mit Rücksicht auf die Persönlichkeit urteilen. So forderte Redner auch die neuen Beisitzer auf, unbeeinflußt durch die gegenwärtigen Strömungen und ohne sich durch irgendwelche sonstigen Interessen für oder gegen die Angeklagten beeinflussen zu lassen, Recht zu sprechen lediglich, wie sie es vor Gott und ihrem Gewissen verantworten können. In diesem Sinne würde nunmehr die richterliche Vereidigung erfolgen.

Zur Verhandlung gelangten zwei Strafsachen. Zuerst hatten sich der Sanitätsgefreite Alfred Klose vom Pionier-Batl. 17 und der Sanitätssoldat Wilhelm Hüchendorf vom Armierungsersatzbataillon 17 wegen Einbruchdiebstahls zu verantworten. Am Abend des 18. Dezember v. Js. waren beide Beschuldigte bei der Braut des Klose, dem Dienstmädchen Breitkreuz, zusammengetroffen. Als sie diese um 10 Uhr verließen, begaben sie sich zum Lazarett 8. In das Innere dieses Gebäudes gelangten sie durch einen offenen rückwärtigen Eingang. Um wenig Geräusch zu verursachen, zogen sie sich die Schuhe aus. Dann schlichen sie sich zu der im Keller befindlichen Wäschekammer. Das vor derselben befindliche Vorhängeschloß erbrach Klose mit seinem Seitengewehr. Dann begaben sich beide in den Wäscheraum. Hier packte Klose 34 weißleinene Krankenhemden, 4 Stück Leinen, 27 Paar Strümpfe, 2 Decken, ein Hemd, ein Halstuch, 8 Unterhosen und 4 Hemden in einen Sack, während Hüchendorf an der Tür aufpaßte. Einen Teil der Sachen brachten die Spitzbuben zum Tischlergesellen Wollschläger und einen Teil zur Braut des Klose. Das Kriegsgericht verurteilte Klose zu 8 und Hüchendorf zu sechs Monaten Gefängnis, sowie beide zur Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Von den Freiheitsstrafen gelten je 6 Wochen durch die Untersuchungshaft für verbüßt.

Ebenfalls wegen Diebstahls war der Musketier Joseph Wardin vom Räudepferdelager 90 angeklagt. In der Nacht zum 28. Dezember wurde in die Bekleidungskammer des Räude-Pferdelazaretts eingebrochen und aus derselben 9 Waffenröcke, 13 Tuchhosen, 15 Mäntel, 10 Paar Handschuhe, 5 Paar Stiefel und 12 Hemden gestohlen. Die Bekleidungskammer befindet sich auf dem Boden eines Stalles. Der auf die Kammer führende Treppenaufgang wurde, als der Diebstahl entdeckt wurde, ordnungsmäßig verschlossen vorgefunden. Dagegen hatte der Täter das Vorhängeschloß der zu einer neben dem Treppenaufgang befindlichen Kammer aufgebrochen, 3 Latten losgebrochen und sich so Einagng in den Treppeneingang verschafft. Die in die Bekleidungskammer führende Tür war mittelst eines Kastenschlosses und eines Vorhängeschlosses verschlossen. Das Kastenschloß hatte der Dieb mit einem Dietrich geöffnet und das Vorhängeschloß gewaltsam erbrochen. Gelegentlich einer Spindrevision wurden bei dem in derselben Kaserne wohnhaften und inzwischen entlassenen Flieger Konkolewski von den gestohlenen Sachen 8 Hemden, ein Paar Stiefel und 7 Paar Handschuhe vorgefunden. Konkolewski gab an, der Angeklagte Wardin habe ihm die Sachen zur Aufbewahrung übergeben. Ferner wurde ermittelt, daß Wardin einen Mantel und einen Waffenrock an andere Personen verkauft und eine Reithose und ein Paar Stiefel zum Kaufe angeboten hat. Wardin gestand auch den Diebstahl ein, will aber nur einen Rock, eine Hose, einen Mantel, ein Paar Stiefel und 8 Hemden entwendet haben. Unter Zubilligung mildernder Umstände wurde er zu 2 Jahren Gefängnis und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Die Vorgänge in den beiden letzten Parteiversammlungen am 13. und 17. 2. im Viktoriapark in Thorn lassen erkennen, wie unreif die breite Masse des Volkes noch für alle politischen Veranstaltungen ist. Daher sei es einer Frau vergönnt, an dieser Stelle einige Hinweise zu geben, wie wir wohl am besten sum Ziele, d. h. zu gegenseitiger Verständigung, kommen. So wie das am 13. und 17. 2. der Fall war, ist doch der Zweck der Sache total verfehlt, und es ist schade um Kosten, Mühe und Arbeit, die sich die Veranstalter solcher Versammlungen machen.

Ich knüpfe an die vortrefflichen, ruhigen und sachlichen Ausführungen des Leiters des A. und S.-Rates, Herrn Böhme an, der versuchte, auf der denkbar günstigsten Grundlage und in für jede politische Anschauung entgegenkommendster Weise Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Voraussetzung für diese Werte ist natürlich der Gedanke, es mit Menschen zu tun zu haben, denen es mit ihrer politischen Gesinnung wirklich ernst ist. Bei dem Getriebe in den beiden Versammlungen konnte man diese Ansicht nur auf den einen Teil der Besucher anwenden. Der andere Teil betrug sich nicht versammlungsfähig, d. h. wie die unerzogenen Wilden! — Ich betone unerzogen, denn ich habe in Afrika und Asien Volksversammlungen, die von Menschen aller Farben, Nationen und Sprachen besucht waren, mitgemacht — aber solche Unbändigkeit und Zuchtlosigkeit fand dort nicht statt, obgleich speziell in Algier, Tunis und Konstantinopel das Publikum so international wie möglich war. Aber die Selbstbeherrschung auch der Proletarier war so tadellos, daß eine vorzeitige Auflösung der Versammlung nicht stattzufinden brauchte. Wie kann ich wissen, was die Menschen von mir wollen, wenn ich sie nicht aussprechen lasse? — Was mir nicht paßt, kann ich ja widerlegen, aber ich muß doch die berufenen Vertreter jeder Partei einmal erst zu Wort kommen lassen. Das sollte sich doch jeder einzelne Mensch, jede Partei ihren Mitgliedern zur Bedingung machen. — Glauben die Radauleute vielleicht, daß sie mit ihrem Tumult etwas erreichen? Im Gegenteil, statt einer Verständigung gibt es nur eine Verhetzung und der Leidtragende dabei ist das Volk, denn unsere Feinde werden erst dann Frieden mit uns machen und Nahrungsmittel und Arbeitsrohstoffe geben, wenn sie sehen, daß es uns ernst mit dem Willen ist, Ordnung und Ruhe zu halten. Der erste Redner der demokratischen Partei, Herr Justizrat Aronsohn, führte das alles so vornehm aus, daß es sehr bedauerlich ist, daß seine Worte in dem Tohuwabohu größtenteils ungehört verhallten. Auch der zweite Redner, Herr Hackbarth, legte in deutlicher Weise klar, wie notwendig ein Schutz für die dem Bandentum preisgegebenen Gehöfte und abgelegenen kleinen Ortschaften gebraucht wird. Ich verstehe auch garnicht, warum sich die Menschen über den Grenzschutz auf dem Lande ereifern. Erstens ist keiner zur Truppe gezwungen, sondern der Eintritt ist freiwillig, zweitens hätten wir Landleute, die die Hauptlasten der Einquartierung tragen, wohl eher eine Berechtigung etwas darüber zu sagen. Wir denken aber garnicht daran, denn wenn unsere republikanische Regierung, die vom Volkswillen gewählt wurde, den Grenzschutz für nötig hält, wird sie wohl ihre politischen Gründe dafür haben, die ja auch Herr Böhme aussprach mit den Worten: „Wie kann für die Arbeitslosen Arbeit geschaffen werden, wenn ganze Teile unseres Vaterlandes abgerissen und vom Feinde besetzt werden?“ Die Regierung, die aufs beste von allen redlich denkenden Menschen unterstützt wird, indem jeder Beamte, Offizier, Handel- und Gewerbetreibende sich bemüht, restlos seine Pflicht zu tun, sollte auch bei den städtischen Arbeitern, ebenso wie es die Landarbeiter unentwegt getan haben, das gleiche Entgegenkommen finden! —

Wenn in einer Familie drei Kinder anständig und ordentlich sind, und das vierte tut nicht gut, ist faul und verlangt, die anderen Familienmitglieder sollen es unterhalten, weil es nicht arbeiten, sondern nur essen und sich amüsieren will, dann werden wohl die fleißigen Familienmitglieder sehr bald die „Nase voll haben“, und sich für die Zumutung bedanken. Genau so geht es jetzt in Deutschland. Statt daß wir gemeinsam die schlechten Zeiten, die der Herrgott über uns allesamt geschickt hat, tragen und uns durch fleißige Arbei bemühen, wieder zu einem wirtschaftlichen Aufstieg zu kommen, da schreit und tobt ein Teil des Volkes gans unsinnig, streikt und denkt, dadurch etwas zu erreichen.

Jawohl: eine große, allgemeine Warenknappheit und Teuerung — das ist erreicht und das kann auch noch eine Weile so fort gehen. — Und was dann? Dann werden die Sieger kommen und uns auf einem Tablett ein feines Frühstück servieren! D. h.: „Ihr Deutschen seid so dumm, daß Ihr Eurer selbstgewählten Regierung ebenso wenig gehorchen wollt, wie Eurer alten Regierung, die ja wohl manchen Fehler gemacht hat (wo Menschen sind, sind eben Fehler!) — die Euch aber doch in 44jähriger straffer Pflichterfüllung zu größtem Wohlstand und Ansehen in der Welt geführt hat. Nun werden wir, die Entente, Euch mal unter unsere Führung nehmen, werden Euch mal feste Kriegssteuern auferlegen, Euch vorschreiben, wielange und zu welchem Preise Ihr täglich arbeiten müßt, werden Euch unsere englischen, französischen und amerikanischen Truppen ins Land schicken, um Eure Rowdies, die Euch an der Arbeit und Ordnung hindern wollen, im Schach zu halten und, wenn Ihr nicht pariert, dann lassen wir Euch unsere Macht fühlen.“ — Das ist das feine Frühstück, von dem uns unsere Feinde in Westdeutschland schon einen Vorgeschmack geben! Da arbeiten die Arbeiter täglich 10 Stunden für 35 Pfennig Stundenlohn, und wer nicht pariert, kommt über die Grenze nach Frankreich und Belgien unter die „Aufsicht“ von farbigen Engländern und Franzosen! Man sehe sich die Illustrationen der englischen, fransösischen und amerikanischen Zeitungen an, wo unsere deutschen Brüder, buchstäblich unter der Fuchtel ihrer Aufseher stehend abgebildet sind. —

Es ist soviel notwendige Arbeit zu leisten, daß es wirklich höchste Zeit ist, damit anzufangen! Wie denken sich die städtischen Arbeiter z. B. das daß die Landarbeiter anstatt die dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten: Dung fahren und Geräte in Stand setzen, ausführen zu können, selbst ihr Brennholz fällen müssen? — Einfach, weil die Waldbesitzer, Staat, Stadt oder Privat, keine Holzarbeiter bekommen! Die städtischen Waldarbeiter haben zwei Tage herzlich wenig für hohen Lohn geleistet, dann haben sie erklärt: „Das paßt uns nicht“, und wo die Landleute sich auch hinwenden mögen — ja Holz können sie kriegen — aber sie müssen es sich selbst schlagen!

Da man aber stets nur eine Arbeit auf einmal machen kann, bleiben die notwendigen Landarbeiten zurück, und wer hat den Schaden? „Die Städter“, denn je weniger auf dem Lande bestellt wird, desto weniger kommt in die Städte! — Und noch eins: Ganz auffallend ist das Bestreben der städtischen Arbeiter, die nun wirklich mal den Vorsatz gefaßt haben, es mit der Landarbeit versuchen zu wollen, durchaus eine „Aufseherstelle“ auf dem Lande anzunehmen. Bloß weil sie in der Stadt waren, denken sie, sie können unsere Landarbeiter „beaufsichtigen“. — Das ist aber ganz irrig! Die Landarbeit ist so vielseitig, erfordert ein so gründliches Können und körperliche Gewandtheit und Kraft, daß sie sich kaum in 4—5 Jahren erlernen läßt! Und was ich nicht von Grund auf erlernt habe, und selbst verstehe, kann ich doch nicht beaufsichtigen! Die Landarbeiter haben ein sehr feines Ehrgefühl und würden sich eine Aufsicht eines jungen unerfahrenen Stadtmenschen nicht gefallen lassen, und kein rechtlich denkender Arbeitgeber würde seinen Leuten eine solche Zumutung stellen!

Das Land braucht dringend notwendig Arbeiter, nicht Aufseher, und das Land bietet in seinen Deputatkontrakten wesentlich mehr, als die Geldkontrakte der Stadt bei der jetzigen Teuerung bieten können. Natürlich müssen sich die Menschen erst eingewöhnen, in vielem umlernen, aber das geht ganz gut, und nur auf dem Lande kann ein starkes, gesundes Geschlecht heranwachsen. Darum müssen sich die Menschen wieder mehr der Landarbeit zuwenden!

Auf dem Lande sind sie auch friedlicher, da kommen solche wüsten Szenen, wie die im Viktoriapark garnicht vor. Wenn ich in meinen ländlichen Frauenvereinen, wo wir auch sehr stark besuchte Volksversammlungen haben, und die Vertreter der verschiedensten politischen Richtungen zu Worte kommen, um Ruhe und Ordnung bitte, dann genügt ein einmaliger Appell an die Selbstzucht. — Wollen die klugen Städter in dieser Beziehung sich von den Landleuten beschämen lassen?

Und nun eins, diejenigen Frauen aller Parteien, in Stadt und Land, die sich für ernste politische Arbeit interessieren und Gelegenheit haben wollen, sich weiter zu bilden und „öffentlich reden zu lernen, mögen sich an den parteilosen Frauenverein „Frauenwohl“ Thorn, Coppernicusstraße 3, anschließen. (Beitrag 50 Pfg. monatlich). Der Verein arbeitet seit 18 Jahren zur politischen Aufklärung der Frauen, unterhält eine Rechtsschutzstelle, ist der Gründer des „Jugendschutzes“, Säuglingsheims, und gab die Anregung, die staatliche Haushaltungs- und Gewerbeschule nach Thorn zu legen — alles segensreiche Einrichtungen zum Wohl der Arbeiterfrauen. In den nächsten Wochen kommen die Veranstaltungen zur politischen Ausbildung der Frauen an die Reihe. Möchten sich zahlreiche Frauen aus dem Volke beteiligen, damit der Zweck erreicht wird und wir politisch reif werden, um durch den Einfluß der Frauen derartiges Jahrmaktgekreische und Tumultszenen, wie in den Versammlungen am 13. und 17. d. Mts. zu verhüten.

Cläre Degener-Thornisch-Papau Wstpr.

Vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Thorn-Culm-Briesen geht uns folgendes Schreiben zu:

Der in dieser Zeitung Nr. 40 gebrachte Artikel „Polnisch-politische Parteibildung“ ist geeignet, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen.

Die Sozialdemokratische Partei in Thorn hat die polnisch Sozialdemokratische Gruppe gegründet, weil die Arbeiterklasse ob deutsch oder polnisch gewonnen werden soll, um für die Bestrebungen der Internationalen Sozialdemokratie mitzuarbeiten. Der politischen Ungeschultheit und Indifferenz der Bevölkerung ist nur beizukommen durch planmäßige Aufklärungsarbeit im sozialistischen Sinne. Diese Arbeit wird fortgesetzt werden, aller verlogenen Alldeutschen Angriffe auf unsere Genossen Sokolowski und Metkowski zum Trotz.

Die Polnisch-Sozialdemokratische Gruppe ist der örtlichen Sozialdemokratischen Partei angegliedert und wird von demselben Vorstand verwaltet, dieses zur Richtigstellung.

Sozialdemokratische Partei Thorn
Neumann, Vorsitzender.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir haben dieser Zuschrift trotz der darin enthaltenen ausfälligen Bemerkungen Aufnahme gewährt, um auch die Gegenseite zum Worte kommen zu lassen. Wir halten eben an unserm Grundsatz der Freiheit des Wortes und der Schrift fest, obwohl die Gegenpartei in den letzten Versammlungen im Viktoriapark die freie Aussprache durch Geschrei und rohe Gewalt verhindert hat.

Zum Gegenstande selbst sei bemerkt, daß der Einsender die Gründung einer polnisch sozialdemokratischen Gruppe ausdrücklich zugibt. Ob diese Gruppe selbständig ist oder der bestehenden Parteigruppe angeschlossen, scheint uns von untergeordneter Bedeutung zu sein. Daß die Gründung polnischer Gruppen auch im Hinblick auf die von polnischer Seite erwartete künftige Gebietsverteilung eingeleitet wird, mag vom polnischem und auch von sozialdemokratischem Standpunkte betrachtet, zweckentsprechend erscheinen. Herr Sokolowski hat ja in einer Ver-

sammlung nachdrücklich betont. daß die polnischen Arbeiter viel zu spät kämen, wenn sie erst nach der etwaigen Angliederung an Polen an eine Organisation dächten. Folgerichtig soll damit vorher schon begonnen werden. Diesen Gedankengang kann man verstehen. Aber ganz entschieden muß man sich dagegen wenden, daß jemand, der seine Arbeitskraft hauptsächlich in den Dienst dieser Bestrebungen stellt, aus Staatsmitteln besoldet wird.

Der Vorwurf der „alldeutschen Angriffe" ist uns gegenüber, die wir stets die Alldeutschen bekämpft haben, so lächerlich, daß er keiner Widerlegung bedarf. Aber für die Allpolen, die sich möglichst viel deutsches Gebiet aneignen wollen, sind wir natürlich ebensowenig zu haben, wie für die Alldeutschen. Das scheinen die Herren nicht begreifen zu wollen.

Ich habe Montag in der öffentlichen Versammlung der Deutschen demokratischen Partei zum erstenmal Gelegenheit gehabt, eine Massenkundgebung unserer Spartakusleute zu erfahren, die sich, nach ihrem Gebahren zu urteilen, hier ein Stelldichein gegeben hatten, um der Welt ein Schaustück ihres — Unwesens zu geben. Da ich mitten unter ihnen weilte, habe ich einen vollen Eindruck empfangen, den ich mit einigen wenigen Worten wiedergeben möchte.

Ich bin meines Herkommens ein „Proletarierkind", habe mich aus eigener Kraft emporgearbeitet und dabei die Mühen des Lebens gründlich kennengelernt. Ich habe mich keiner Partei verschworen, seitdem ich erkannt habe, daß der Parteistandpunkt überwunden werden muß, um zur wahren Freiheit aufzusteigen. Als aufrechter u. freier Mann habe ich schmerzlich am eigenen Leibe erfahren, wie wenig Raum im alten Deutschen Reiche für solche Charaktere war und habe geharrt auf den Tag, der das Morgenrot eines schönen Daseins bringen würde. — Und nun diese Früchte der Revolution, die, je weiter sie reifen, mit immer größerem Grauen jeden erfüllen müssen, der sich noch ein reines Empfinden und ruhiges Denken bewahrt hat. Diesen rohen Menschenkindern, in deren verzerrten Mienen schon die wildeste Leidenschaft sich ausdrückte, ist die Revolution ja nichts weiter als ein Freibrief für Zuchtlosigkeit und brutale Gewalt: der alles vernichtende Bolschewismus ist ihnen gerade recht. Können die Führer dieser Leute wirklich noch glauben, daß es möglich ist, mit solcher rohen Masse die Welt zu erlösen? Das wäre der unheilvollste Wahn. Und Herr Böhme vom Soldatenrat, der so schöne Worte fand, seine Kameraden zur Selbstzucht und Würde zu mahnen, bekam ja eine unmittelbare Quittung in dem Ueberfall dieser seiner Leute auf die friedlichen Soldaten vom Grenzschutz, um ihren Gefühlen (in diesem Falle unbändigem Hasse irregeführter u. zuchtloser Leute gegen solche der Ordnung und der Disziplin) freien Lauf zu lassen. Das Vaterland bleibt dabei als unbekannte Größe ganz außer Betracht. Nicht wahr, Ihr Herren vom Soldatenrat, diese Leute, bei denen erst einmal Unterlassungen an erziehlichen Einwirkungen der Kinderstube nachgeholt werden müßten, sind für die Freiheit nicht reif, noch weniger für den Sozialismus, wie die führenden Männer der Revolution zu eigenem Schrecken haben erfahren müssen und in Zukunft täglich noch mehr erfahren werden. Zur Reife führt gerade auf politischem Gebiete erst recht nur ein unendlich langsamer und mühsamer Weg zielbewußter Erziehung; gar die große Masse mit Schlagworten zu der Höhe auch nur, die notwendig zur einfachsten Einsicht ist, erheben zu wollen, ist Wahnsinn. — Solche Triebkräfte der Gegenwart und ihre Wirkung hat Grillparzer mit vorhersehendem Geiste geschildert:

„Aus eigenem Schoß ringt los sich der Barbar,
Der, wenn erst ohne Zügel, alles Große
Herabstürzt von der Höhe, die sie schützt,
Zur Oberfläche eigener Gemeinheit,
Bis alles gleich, ei ja, weil alles niedrig.
Bis endlich aus der untersten der Tiefen
Ein Scheusal aufsteigt, gräßlich anzusehn,
Mit breiten Schultern, weitgespalt'nem Mund,
Nach allem lüstern und durch nichts zu füllen:
Das ist die Hefe, die den Tag gewinnt,
Nur um den Tag am Abend zu verlieren."

Ein Jugenderzieher.
